

Erhebt täglich außer Montags...

Infektions-Gebühr beträgt für die...

Genusspruch-Aufschlag...

Vorwärts Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 4. November 1891.

Expedition: Weuth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat Oktober gingen bei dem Unterzeichneten an freiwilligen Beiträgen ein: Dortmund, gesammelt an einem gemütlichen Abend an M's...

Berlin 2., III. Berliner Wahlkreis 200., I. Berliner Wahlkreis 100., Die rothen Preisenbänder von Köpenick 5.,...

Die Verfassungsverletzung.

Die ohne Genehmigung des Reichstags erfolgte gewaltsame Vorführung des Abgeordneten Schmidt trotz des ausdrücklichen Verbots in Artikel 31 der Reichsverfassung...

eröffnen, zu vertagen und zu schließen" und der Kaiser hat die von ihm eröffnete Sitzungsperiode nicht geschlossen, also läuft sie noch. Böse, böse! Doch was thut's? Auf Artikel 12 folgt Artikel 13. Da steht "die Berufung des Reichstags findet alljährlich statt", das bedeutet zwar zweifellos nur: der Kaiser hat den Reichstag so zu berufen, daß der Reichstag alljährlich seine Arbeiten erledigen kann.

Feuilleton.

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz. — Dort wohnt sie sicher, da sie den Wagen fortgeschickt hat, wahrscheinlich ist es ein Mietswagen. Es handelt sich darum, ihren Namen zu wissen und zu erfahren, was sie treibt...

vor ungefähr einer halben Stunde eingetreten ist. Sie wird wahrscheinlich in diesem Hause wohnen. Als die Schließerin sah, welche ein großer schöner und sorgfältig gekleideter junger Mann Robert war, dachte sie ohne Zweifel an eine Intrigue oder an ein Liebesverhältnis.

mechanischer Weise, während der Wagen in rasender Eile dahintrölte. Plötzlich hielt er, der Kutscher parierte die Pferde so scharf, daß der Stoß Robert nach vorn warf und ihn aus seinem Orabeln aufrüttelte. Er glaubte an einen Unglücksfall und wollte die Thür öffnen, als er einen lebhaften Wortwechsel hörte.

Es wird abzuwarten sein, ob die Anklage erhoben oder d e s h a l b nicht erhoben wird, weil der Staatsanwalt aus Rechts- irrtum glaubte, rechtmäßig zu handeln — dem beamteten Juristen gegenüber aber das Gegentheil des Sahes in An- wendung gelangen müsse, den mancher Laie schon theuer hat bezahlen müssen: „Unkenntnis schützt vor Strafe nicht.“

Mag aber das Verfahren ablaufen, wie es wolle: Der Reichstag hat die verstärkte Pflicht, für die Wahrung des Schutzes der Pflichten seiner Mitglieder energisch einzutreten, und für die Vergewaltigung seiner Mitglieder strengste Sühne zu verlangen.

Das das Reichsgericht selbstverständlich den Artikel 81 so auslegt, wie allein ihn der gesunde Menschenverstand auslegen kann, und ihn sämtliche Kommentatoren sowie der Reichstag bislang ständig ausgelegt haben, folgt schon daraus, daß er alle bei ihm anhängigen Strafsachen, in denen der Reichstag das Ansehen während der Sitzungsperiode beschloffen hat, auch während der Vertagung hat ruhen lassen, so z. B. das Strafverfahren gegen den Reichstagsabgeordneten Schippel, den bekanntlich das Chemnitzer Landgericht wegen einer Kritik der Reichs- versicherung mit 9 Monaten Gefängnis belegt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. November.

Nicht hundertachtzig Millionen, sondern „blos“ hundertzwanzig sollen für das Militär mehrgefordert werden — lautet die neueste Beschwichtigungsnotiz.

Nun — ob 180 oder „blos“ 120, das ist gepöpst wie gesprungen — nachher würden doch wieder neue Mehr- forderungen kommen — und jeder Groschen für den Militarismus ist in ein Pöhl ohne Boden geworfen. Mit dem ganzen System muß gebrochen werden. Ist es Ernst mit der allgemeinen Wehrhaftigkeit, dann führe man die Volkswehr ein, welche wir Sozial- demokraten befürworten, seit wir Partei sind. Für das stehende Heer bewilligen wir nach wie vor „keinen Mann und keinen Groschen.“

Das neue russische Ausfuhr-Verbot von Nahrungsmitteln wirkt nach zwei Seiten hin verhängnisvoll: in Deutschland werden die Notstands- preise des Getreides, des Brotes und der Kartoffeln noch mehr in die Höhe getrieben, und in Rußland wird die wirtschaftliche und — so weit davon die Rede sein kann — auch die politische Krisis wesentlich verschärft. Dem Reich werden bedeutende Einnahmen entzogen, die Steuer- kraft des Volkes wird geschwächt, und da der Miß- erfolg der letzten russischen Anleihe trotz aller Plagen und Schwindelereien sich nicht mehr vertuschen läßt, so geht das Reich reich, dessen Bevölkerung durch eine beispiellose Hungernoth dezimiert wird, einer schweren Zukunft entgegen.

Gern möchte die Regierung die Unzufriedenheit im Innern durch irgend einen Schlag nach Außen ablenken, allein die Lage des Landes ist eine zu klägliche, als daß ein solcher Schlag gewagt werden könnte. Mit einem Volk, dessen größere Hälfte dem Hunger zur Beute ist, — und mit so gründlich zerrütteten Finanzen, wie die russischen es sind — so zerrüttet, daß man getrost sagen kann: nach dem Fiasco des letzten ist überhaupt kein Anleiheversuch mehr möglich — kann keine Regierung einen Krieg wagen, auch wenn die Armee ungleich schlagfertiger wäre, als die russische es ist.

Wohl aber rückt die Gefahr revolutionärer Erhebungen im Innern der Jarenregierung immer näher. Ganz ab- gesehen von den „nihilistischen Verschwörungen“ häufen sich die Nachrichten von Tumulten, Kravallen und lokalen Aufständen.

Vorläufig hat sich das unwissende Volk noch gegen die Juden, als die angeblichen Urheber seiner Noth, hehen lassen, indeß es wird bald einsehen, wer und wo seine Feinde sind, und wohin es zu schlagen hat, um eine Wirkung zu erzielen. —

Das russische Ausfuhrverbot wird beiläufig mit drakonischer Strenge gehandhabt. Aus der Grenzstation Granica wird gemeldet, daß dort gestern sämtliche Ge- treide- und Kartoffelvorräthe revidiert und versiegelt worden sind; und daß sie binnen 14 Tagen an die Eigentümer

zurückgeschickt werden müssen, widrigenfalls die Konfis- cation erfolgt.

Die Noth ist aber auch groß in Rußland. Von ver- schiedenen Orten wird der Ausbruch des Hungers ver- gemeldet. Und in ganzen Provinzen fehlt das Saatfrucht — die Bauern sind zu arm, solches zu kaufen und was die Regierung giebt, reicht nicht aus. So ist es nur zu wahr- scheinlich, daß auch die Ernte des nächsten Jahres bei Weitem keinen Durchschnittsertrag liefern wird.

Und das Regiment, unter dem solche Zustände sich herausbilden konnten, nennt sich „väterliches Regiment.“

Inzwischen empfängt das Caprivische Wort: Es giebt keinen Nothstand seine beste Beleuchtung durch die deutsche Auswanderungsstatistik. Die über- seeische Auswanderung aus dem Deutschen Reich über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam war nach der Uebersicht im reichsstatistischen Monatshefte im September d. J. wiederum größer als im September der Vorjahre. Es wurden nämlich 9997 deutsche Auswanderer gezählt gegen 8702 im Sep- tember 1890, 7645 im September 1889, 8637 im Sep- tember 1888 und 8155 im September 1887. In der Zeit von Anfang Januar bis Ende September dieses Jahres wanderten aus 90 607 Personen gegen 72 435, 72 371, 79 952, 80 763, 61 734 und 91 082 im gleichen Zeitraume der Vorjahre bis 1885 zurück. Von den Aus- wanderern des laufenden Jahres kamen aus Preußen 61 291 (1890 46 906), aus Bayern 8771 (7976), aus Württem- berg 5207 (4919), aus Baden 3392 (2788), aus Sachsen 3093 (1971), aus Hessen 1599 (1712); der Rest kam aus den kleineren Staaten. Die Auswanderung aus den preussischen Provinzen war die folgende: Posen 15 468 (1890 9434), Westpreußen 11 626 (7715), Pommern 7821 (6029), Hannover 5232 (4782), Brandenburg einschließlich Berlin 4407 (3261), Rheinland 3673 (3128), Schleswig- Holstein 3415 (3258), Hessen-Rhassau 2504 (2211), Schlesien 2172 (1770), Westfalen 1810 (1883), Ost- preußen 1627 (1323), Sachsen 1482 (1137), und Hohenzollern 54 (75). Die Zunahme war also am bedeutendsten in Posen und in West- preußen, also gerade in solchen Provinzen, wo Bismarck die famosen Germanisirungsversuche gemacht hat. Während im ganzen preussischen Staate die Auswanderung in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres um 30,7 pCt. höher war, als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, betrug diese Zunahme in Posen 66 pCt. und in Westpreußen über 50 pCt.

Der interparlamentarische Friedenskongreß tagt jetzt in Rom. Die Zahl der ausländischen Abgeordneten, welche anwesend sind, ist größer als bei den früheren Kon- gressen — und das ist immerhin eine erfreuliche Thatsache, wenn auch gerade die dort vertretenen Elemente nicht im Stande sind, die Bedingungen zu schaffen, ohne die der ewige Friede eine Utopie ist. —

„Der ewige Frieden wird immer nur ein Traum sein, und nicht einmal ein schöner.“ Die „National-Zeitung“ läßt sich zwar nicht zu der leichten Einschränkung herbei, meint aber: „So wenig wie es dem Gesetz und der Religion gelungen ist, den Zweikampf der Einzelnen zu beseitigen, so wenig wird die Vernunft den Zweikampf der Völker, heute oder in der fernsten Zukunft, hindern können.“ Nun ist die Voraussetzung des Vordersatzes einfach falsch. Wo Gesetz und Religion den Zweikampf haben er n s t l i c h beseitigen wollen, ist er auch beseitigt. Wo der erst- liche Wille allerdings fehlt, wo die Träger des Gesetzes und der Religion die Vorurtheile, auf denen das Duell beruht, besonders häßlich, da wird dasselbe freilich fort- bestehen. In ganzen Klassen der Bevölkerung existirt bereits heute nicht die Ansicht des Zweikampfs. Dieselbe besteht nur in einer Klasse der Bevölkerung, die man von den anderen streng scheiden möchte, und das geschieht da- durch, daß man ihr ein ganz besonderes Gefühl für Recht oder Unrecht beilegt. Dieses Gefühl ist nicht ein höheres, seiner ausgebildetes, sondern im Gegentheil; die Standes- ehre, die dem Duell zu Grunde liegt, macht die Last, welche wahre Sittlichkeit und Verantwortlichkeit auferlegen, leichter. Da hört man die Aeußerung, daß es Fälle gebe, in denen das Gefühl des Einzelnen im Staatsgesetz keine Geltung fände. Nun sollte man doch bei wirklicher

ruhigen Miene. Dieser war lebhaft ausgezogen und hatte dem Rutscher, trotz dessen abwehrender Geberde, ein Zwanzig- Frankstück gereicht.

— Das ist zuviel, mein Bürger, das ist zu viel! Raum zwei Stunden haben Sie meinen Wagen benützt.“

— Donnerwetter, so nehmen Sie. Sind Sie eigensinnig! Nun, nehmen Sie oder ich werde böse!“

Gut, gut, werden Sie nicht böse, mein Bürger, ich nehme Ihren Louisdor schon und werde eine Meise guten Hafers für Cocotte bezahlen.

Der brave Auvergnier fing an, sich in endlosen Dankes- äusserungen zu ergehen und eine Unterhaltung mit Mijoulet zu beginnen, bei dem er sich um den Verwundeten erkundigte, welchen er an jenem Abend gebracht hatte, an dem sie auf so drollige Weise gegenseitig Bekanntschaft gemacht hatten, aber Robert unterbrach ihn: „Wir haben ernste Dinge zu besprechen, mein Bruder, plaudern Sie ein andermal. Heute haben wir keine Zeit. Ich werde Sie in Zukunft ja noch nöthig haben; wo haben Sie Ihren gewöhnlichen Stand?“

Place de la Bourbe, Bürger, zu Ihren Diensten . . .

— Gut, wenn ich Ihres Wagens bedürfen werde, werde ich Sie dort aufsuchen. Der Rutscher, welcher seinen Sitz nicht verlassen hatte, reichte Mijoulet die Hand, und lästete seinen alten Hut aus Wachsleinwand, an welchem statt des seit langer Zeit abgefallenen Firnis schaumige graue Flecken sichtbar waren. Dann ergriß er wieder die Zügel und er- tief ohne eine Peitsche zur Hand zu nehmen: „Hü Cocotte!“

Und sein alter Wagen, dessen Eisen- und Holztheile, weil schon wacklig, klapperten, entfernte sich. Er hing in seinen Federn so schlief, als ob er trunken wäre.

Als er verschwunden war, ging Robert lebhaft auf die Bude zu Larivette, betrachtete sie mit einer erstaunten und unruhigen Miene. Robert war in der That äußerst auf- geregt, seine Augen glänzten feberhaft und seine Gestalt schien durch einen schweren Unfall ihre Elastizität verloren zu haben.

— Nun, mein Herr, was giebt es denn, Sie haben

Ehre der in so unlöslichen Widerspruch mit dem Staats- gesetz gerathenen Offiziere oder Beamten denken, daß in einem solchen Falle, wo sie selbst das Staatsgesetz verletzen, die Ehre es von ihnen erforderte, sich nicht länger als Träger des Staatsgesetzes zu betrachten, sondern vor dem Duell aus dem Staatsdienste zu scheiden. So weit reicht die Ehre nicht; und wenn heute ein Gesetz erschiene, welches das Duell mit Kassation bestrafe, dann wäre die Unstille längst verschwunden. Der Koder der besonderen „Ehre“ stammt aus dem Landsknechtsthum. Er ist erfunden, nicht etwa, weil die Herren Landsknechte ein so besonders feines Ehrgefühl gehabt hätten, sondern im Gegentheil, weil ihnen die Verachtung der Sittlichkeit, der bürgerlichen Pflichten und Tugenden in Fleisch und Blut übergegangen war und man doch für die Banden etwas brauchte, was sie zu- sammenshielt. Darum schuf man sich unter den Landsknechts- horden jenen Koder, zusammengesetzt aus Ehre und Subordination. Für diese Landsknechts-Ehre sollte in einem Kulturstaate kein Raum mehr sein. Es stände wirklich traurig um die ganze Zivilisation, wenn man das Duell und ebenso den Krieg als etwas für alle Ewigkeit Unantastbares hielte. Freilich, so lange die Staaten im Besitz von einzelnen Kassen sind, die das Privileg haben, sich über das Gesetz hinweg zu setzen, so lange werden auch die Staaten Kriege führen. Aber wir halten es nicht für so fernliegend, daß man Leute, die sich im Duell bekämpfen, gerade so behandelt, wie andere Messerhelden. Darin hat allerdings die „National-Zg.“ Recht, daß man mit bloßen vernünftigen Nebenarten, wie man sie auf den Friedenskongressen führt, die Kriege nicht abschafft. Dazu ist was anderes nöthig. In erster Reihe wäre jene wirtschaftliche und soziale Ordnung zu be- seitigen, die den Krieg für einzelne Kreise als profitabel erscheinen läßt, und in der sich eine besondere Klasse bildet, die aus dem Kriegshandwerk ihre Existenz und ihr Ansehen schöpft. —

Der Weizen der Kohlenbarone blüht. Das frühe Herannahen des Winters läßt sie die Kohlenpreise an- wärtigen. Der „Reichsbote“ rechnet zehn Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 1345 Millionen Mark eine Durchschnittsdividende von 26 pCt. im vorigen Jahre nach. Der Kohlenring setzt die Grubenbesitzer in die Lage, jede Konkurrenz auszuschließen, den Kohlennothstand bis zu einer ziemlich hohen Konstante zu halten und zu gleicher Zeit die Arbeitslöhne zu drücken. Bei Leuten, deren Profitgier keine Grenzen kennt, darf man sich nicht wundern, daß sie die Arbeiter ihren Uebermuth recht empfindlich merken lassen. Aber die Kohlenbarone wollen nicht blos ihren Profit, sondern sie wollen auch als wahre Patrioten, als die Stützen der Gesellschaft, die Vertreter der Religion und Moral an- gesehen werden, sie und die agrarischen Brotvertheurer sind die Säulen der Sozialreform. Sie, denen Staat und Gesell- schaft nur ein Beutestück ist, das sie zerfleischen, überhäufen mit Schmach und Verachtung diejenigen, deren Arbeit allein der Bestand der Gesellschaft noch zu danken ist. —

Die Kasernierung der Prostitution ist jetzt die Tagesparole der ganzen Bourgeoispreffe, Konfessionen, Nationalliberale und Freisinnige verlangen sie gleichmäßig, und zwar nicht blos in großen Städten, sondern auch in Mittel- und kleineren Städten. Die Zeit, in welcher noch Bordelle existirten, wird als ein wahres goldenes Zeitalter der Tugend und frommen Sitte gepriesen. Und wie sah es damals in Wirklichkeit aus? Wir wollen gar nicht ein- mal von Berlin reden, das in den Augen aller Frommen, die hierher kommen, um sich einige Tage in dem Sünden- pfuhl herumzuwühlen, über den sie sich dann enträsten — wir wollen nur eine mittlere Stadt im Deutschen Reich zur Zeit der Bordelle betrachten. In Braunschweig sind die Bordelle erst am 1. Oktober 1873 geschlossen worden. Es war vorher das Eldorado der Bordelle; die jeunesse dorée von Hannover und Magdeburg, die Handlungsreisenden, welche die Nachbarstädte passirten, machten einen Abstecher nach Braunschweig, um die dortigen Bordelle zu besuchen. Zu gleicher Zeit blühten die Tengel-Tangel und die Lokale mit weibli- cher Bedienung, von denen Jeder mit Ausnahme der Polizei wußte, daß sie der schamloseten Prostitution dienen. Die Zahl der unehelichen Geburten war deshalb nicht geringer, im Gegentheil, sie betrug in den 60er Jahren 20 pCt. sämtlicher Geburten. — Wie innerlich faul der Körper der Bourgeoisgesellschaft sein muß, ersieht man

eine Miene ganz . . . Aber der Offizier antwortete nicht auf die Frage des jungen Mädchens.

— Auf, Fräulein Larivette, die Nacht bricht an, gehen Sie schnell in Ihren Laden, ordnen Sie Ihre Blumen und schließen Sie Ihre Bude!

Ich muß mit Ihnen ernsthaft sprechen, aber nicht hier. Ueberdies ist es kalt und Sie sind leicht gekleidet, Mijoulet friert sogar.

— Wir wollen in Ihr Zimmer hinaufgehen und dort erst zusammen speisen, ehe Sie Charlotten besuchen.

Larivette kam aus dem Erstaunen nicht heraus, welches sie empfand.

Ohne ein Wort zu reden hielten ihr Robert und Mijoulet dabei, ihre Blumen in Ordnung zu bringen. Alle drei be- trieben jetzt ihre Arbeit mit außerordentlicher Hast. Der Nebel hatte sich verdichtet und kaum unterschied man die rothen, gelblichen Punkte, als welche die rings um den Platz aufgestellten Gasflammen erschienen; die Vorüber- gehenden wären sonst überrascht gewesen beim Anblick dieser jungen eleganten Mannes, der jetzt in Gesellschaft der Blumenhändlerin und ihrer Geliebten so unverdrossen und eifrig arbeitete.

In wenigen Minuten war die Arbeit geschehen und der Laden geschlossen.

Larivette ging voraus und die drei Freunde verschwanden im Nebel. Als sie in die Rue Paganon einbogen, trat ein Mann aus einem Winkel der Rue de Poisses-Man- martre und ging, nachdem er eine Bewegung des Bewusstseins gemacht hatte, weiter, indem er murmelte:

— Aufgepaßt! Diese drei jungen Leute führen sicherlich etwas im Schilde.

Diese verschmitzte kleine Spionin Larivette wird ge- schwatzt haben.

Das einzige Mittel dahinter zu kommen ist das Marche-Seul aufzusuchen. Er wird durchsehen, wenn er mich sieht. Doch ich will diesen alten Brummbar schon be- ruhigen.

(Fortsetzung folgt.)

schon daraus, daß dieselben Klagen, die in einer Weltstadt wie Berlin erklärlicher erscheinen, auch aus solchen Musterstädten, wie die Residenzstadt Karlsruhe, ertönen. Das ist keine Proletariererei; da sind der Hof und der Adel, die höchsten Behörden, das Polytechnikum, eine ganze Elite der höchsten Gesellschaft — wer protegiert und zengt dort die Prostitution und das Zuhälterthum, welche daselbst, wie die „Kölnische Zeitung“ schreibt, die schwersten sittlichen Schäden im Gefolge haben? Ein nettes Geständnis, welches das Bourgeoisblatt macht; die Prostitution und das Zuhälterthum selbst scheinen ihm gar keine sittlichen Schäden zu sein, nur die unangenehmen Folgen derselben möchte es beseitigen. Wenn das nur ginge! Aber ohne tüchtige Karren und die kann nur vom Proletariat ausgehen — geht es nun einmal nicht! —

Der Kriegervereins-Aufzug wird wirklich zu arg. Es muß endlich einmal ausgeräumt werden. Es handelt sich, wenn man die Sache genau betrachtet, bloß um eine Frage der Orthographie; sind's Kriegervereine? Oder sind's Kriechvereine? In Kriechvereine — mit ch — ins lateinisch-deutsche übersezt Reptilienvereine — geht selbstverständlich kein ehlicher Mensch. Solche Vereine überläßt man den Zirkus-Maslow, Pindler, Wisniewski und Konforten.

Aber Kriegervereine — mit g — das ist etwas anderes. Sind diese Vereine, was ihr Name und ihre Statuten besagen: Vereine ehemaliger Soldaten, dann hat auch jeder ehemalige Soldat, der ehlich dem Vaterlande „gedient“ hat, das Recht, diesen Vereinen anzugehören. Jetzt scheint aber mangelhafte Kenntniß der Orthographie — bei unseren traurigen Schulverhältnissen allerdings erklärlich — in vielen Personen zu der Annahme geführt zu haben, ein Mitglied der Kriegervereine müsse ein Kriecher — mit ch — sein, und auf Grund dieser orthographischen Annahme hat kriechendes — mit ch — und reptilisches (bauchkrüschendes) Volk die Behauptung aufgestellt, nur kriechendes — mit ch — Volk gehöre in die Kriegervereine.

Wir möchten nun endlich Klarheit in dieser Beziehung haben. Sind die fraglichen Vereine Kriechvereine — mit ch — dann gut! Dann überlassen wir sie gern den Kriechern — mit ch — und freuen uns, daß dieselben noch so viel Schamgefühl haben, sich vor der Gesellschaft anständiger und ehlicher Leute zu fürchten.

Sind's jedoch Kriegervereine — mit g — dann hinaus aus ihnen mit — dem Kriecher- und Reptiliengesinde! —

Bei den sozialreformatorischen Quacksalbern jeder Schattierung spielt auch die Religion eine Hauptrolle. Sie haben sich alle des Wortes des Kaisers Wilhelm I. bemächtigt: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!“ Aber nun, welche Religion? Intoleranz ist das Wesen jeder Kirche. Wo zwei Kirchen existieren, muß eine die andere bekämpfen, und sind in derselben Kirche zwei Richtungen, so ist der Kampf zwischen diesen ein noch heftigerer. Die Kämpfe der Frommen unter einander zeichnen sich durch ein Arsenal der gemeinsten Schimpfwörter aus, die nicht dadurch an Anmuth gewinnen, daß sie aus der Bibel entlehnt sind. Bei besonders festlichen Gelegenheiten, wie Reformationsfest, Allerheiligenfest u. s. w. wird die Kloake der Schimpfreden besonders weit geöffnet, und werden dann von katholischer nach protestantischer und von protestantischer nach katholischer Seite wenig appetitliche Geschosse geschleudert. Auf protestantischer Seite entpuppt sich außerdem noch ein besonderer Kampf zwischen Orthodoxen und Liberalen, der nicht weniger ekelerregend ist, und wiederum zum Ergötzen der katholischen Eiferer dient. Alle aber kommen darin überein, daß die soziale Frage nur durch ihre Religion gelöst werden kann; der Arbeiter aber kümmert sich wenig um das Gebelzer auf der einen oder der anderen Seite, er dankt höchstens mit Donna Blanca im Heine'schen Gedicht, daß sie haben wie drüben keinen lieblichen Wohlgeruch verbreiten.

Wozu alles die Sozialdemokratie dienen soll. Bei den Berliner Kirchenwahlen hat sich diesmal eine ausnahmsweise hohe Beteiligung gezeigt. Ganze 9 pCt. nahmen an derselben Theil. Von diesen liegen sich nun die Positiven und die Liberalen in den Haaren. Die Ersteren schieben den Letzteren die Schuld an der geringen Beteiligung zu und sehen darin, daß sich die Beteiligung doch etwas gegen früher vermehrt, einen Fortschritt der orthodoxen Wählerel. Die Liberalen, insbesondere die „National-Zeitung“, aber beklagen die Ablehnung des Volkes von der Kirche; sie kommen daher weil die Kirche lehrt, was kein Mensch glauben mag. Die Kirche solle ihren Angehörigen nicht zu viel zumuthen. Die Dreieinigkeitsbegreifselbst der Gebildete nicht; würde man statt ihrer die Dreifaltigkeit sehen, so ließe sich das noch planlos machen. Die „National-Zeitung“ hofft, daß die Sozialdemokratie, welche sich ungeschont als kirchenfeindlich bekennt, sich dadurch hoffentlich um die Kirche ein Verdienst erworben wird, daß sie die Positiven, das sind die Orthodoxen, in der Verzweiflung um die Erhaltung der Kirche zur Nachgiebigkeit zwingt, daß sie die orientalische Bildlichkeit und Sinnlichkeit der Bibel in etwas nationalliberaleres Deutsch übersezt. Wir glauben kaum, daß die evangelische Kirche einen Gläubigen mehr gewinnen wird, wenn sie statt des dreieinigigen den dreifaltigen Gott setzt.

Tapfere Schwaben und Volksparteiler giebt es noch. Da leistete sich bei der Beratung der Zivilliste für den König von Württemberg der Abg. Conrad Pauchmann eine gar tapfere Rede, in welcher er der Erhöhung der Zivilliste bekämpfte. Von einem Nothstande könne bei Pauchmann die Rede sein. Der Hinweis in der Begründung der Erhöhung auf die allgemein gesteigerte Lebenshaltung sei nicht glücklich. Das könne man für den Mittelstand geltend machen, diejenigen, die auf den Höhen der Menschheit wandeln, berühre das nicht. Er lehne die Erhöhung ab, wie einst der Abg. Römer, im Hinblick auf die vielen Hütten im Land. Sprach's und stimmte nebst seinem Bruder Friedrich Haumann und einem dritten tapferen Schwaben gegen den Paragraphen, welcher die Erhöhung der Zivilliste ausspricht. Bei der Endabstimmung, wenige Minuten nachher, stimmten jedoch sämtliche drei tapfere Schwaben für die Vorlage mit der erhöhten Zivilliste, ohne daß sie der Hinblick auf die vielen Hütten im Lande hörte.

Die antikirchliche Strömung in Frankreich ist in stetigem Fortschreiten. Es zeigte sich dieses schon in der

Abgeordnetenversammlung an der starken Opposition gegen den Vorschlag der Papste. Noch deutlicher tritt diese Strömung in den Gemeindeverwaltungen, vorzüglich der größeren Städte zu Tage. So hat der Magistrat von Marseille vor einigen Tagen beschlossen, auf eine Aenderung des Gemeindegesetzes von 1888 dahin zu wirken, daß den Gemeinden die alleinige Verwaltung der Krankenhäuser und Wohlthätigkeitsvereine übertragen wird; ferner die Regierung aufzufordern, eine internationale Verständigung anzubahnen, damit die täglichen Verpflegungskosten fremder Kranken durch die bezüglichen Regierungen zurückstattet werden, und endlich zur sofortigen Verwirklichung der Spital- und Wohlthätigkeitsvereine zu schreiben, die barmherzigen Schwestern durch Laien-Ausscher und Ausscherinnen zu ersetzen, die Gehälter der Almosenspfleger sämtlicher Glaubensbekenntnisse in den Spitälern zu unterdrücken, den Geistlichen dagegen den Eintritt in die Pflegeanstalten zu erleichtern, so oft sie durch Kranke verlangt werden.

In Australien macht mit dem Sozialismus auch der Republikanismus rasche Fortschritte. Nach einer Depesche aus St. Francisco vom heutigen hat der Abgeordnete Ahea im Parlamente zu Sydney den Antrag gestellt, das Haus möge erklären, die Bevölkerung von Neu-Süd-Wales halte keinen australischen Bundesstaat für annehmbar, der nicht politisch vollkommen unabhängig und republikanisch ist.

Schon vor 30 Jahren erklärte John Bright, der bekannte Führer der Freihandelspartei, es für etwas Selbstverständliches, daß die australischen Kolonien sich, wie im vorigen Jahrhundert die amerikanischen, vom Mutterland löstrennen, und als Föderativ-Republik konstituieren würden. Und anders kann es freilich nicht kommen. Der jetzt geplante „Bund der Kolonien“ ist nur der Vorläufer der „Verinigten Staaten von Australien“.

Correspondenzen und Parteinachrichten.

Ein ganz besonders wichtiger Grund zum Kampf gegen die Parteileitung gab in einer Versammlung zu Frankfurt a. O., in welcher Bericht über den Parteitag erhalten wurde, ein Oppositionsredner zum Westen.

Ein Fraktions- oder Vorstandsmitglied hatte ein Referat für eine Versammlung in Neubrandenburg zugesagt und war in letzter Stunde am Erscheinen verhindert. Aus Anlaß dieses Vorkommnisses, verlangte nun Wedner, sollte dem Vorstand ein Mißtrauensvotum ausgestellt werden wegen seines Verhaltens der ländlichen Agitation gegenüber. In unser Oppositionsredner ging in seiner Erregtheit über die allgemeine Heiterkeit, welcher während seiner Ausführungen entstand, soweit eine Abtönung darüber zu verlangen, ob er noch der Partei angehören solle oder nicht. Der Vertrauensmann sprach zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß sich der Oppositionelle zum Anwalt der Genossen in Neubrandenburg aufwerfe, während sich die letzteren Genossen bis jetzt noch in keiner Weise beschwert hätten, und verschiedene Redner führten dann dem Oppositionellen noch recht scharf zur Gemüthe, daß er sich in Wirklichkeit in Schimpfereien über die Partei ergebe und somit keine Berechtigung habe, sich Sozialdemokrat zu nennen.

Den Beschlüssen des Parteitages stimmten ferner zu die Parteigenossen von Emsbourn, Brandenburg, Passau, Frankfurt a. O., Eudenwold, Hannover.

Eugen Richter's Irrthümer haben in Wahlkreise Harmnigs, in Jena, die dortigen Kreisgenossen nicht blenden können. Der deutschfreisinnige Verein in Jena spricht seine Mißbilligung über die von Eugen Richter und dessen Anhang gegen Darmstadt gerichteten Angriffe aus, in denen die Zugehörigkeit desselben zur sog. deutschfreisinnigen Partei nach seinem Eintreten für die Verfassung des Grund und Bodens bestritten wurde. Die Erklärung des Jenaer Vereins geht dahin, daß so lange das deutschfreisinnige Programm keine greifbaren Vorschläge zur dauernden Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mache, auch die Vorschläge Dr. Harmnigs nicht als mit denselben in Widerspruch stehend zu betrachten seien. Greifbare Vorschläge zu machen geht indessen über Eugen Richter's Vermögen. Mögegen kann er wohl; aber auch dann duckt er sich, wenn man ihn nur derbe anspricht.

Eine Parteikonferenz der Sozialdemokratie des ersten pfälzischen Wahlkreises findet am 8. November in Oppenheim statt.

Das Chemnitzer Landgericht setzte am 2. November die Verhandlung gegen den Reichstags-Abgeordneten Albert Schmidt fort. Derselbe nahm lediglich das Wort, um den Bericht vom Verteidiger Stadthagen gegenstandslos zu machen. Schmidt sei ein „gewerbenämiger Knecht“ zurückzuweisen. Das Gericht erkannte mit Stadthagen an, daß jener Vorwurf seitens einer dem Angeklagten gegenübergestellten Behörde gesprochen sei, es gegen den Staatsanwalt aber ohnmächtig sei und lediglich der Klage wegen Verleumdung und die Herbeiführung disziplinarer Maßnahmen vom Gesetz in solchen Fällen ausgeschlossen wären. Das Gericht erkannte darauf gegen Schmidt auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 60 M. Geldstrafe. Schmidt wurde auf freien Fuß belassen. Als bei der Verkündung des Urtheils der Urtheils, welcher gegen den Abgeordneten Schmidt 6 Monate Gefängnis wegen Pfarrer-Verleumdung festsetzte, ein Murren der Gerichte des Zuhörerraum durchschlug, ließ der Vorsitzende denselben räumen und schloß somit die Öffentlichkeit für den Schluß der Verhandlung aus. Bei der Verhandlung fiel es auf, daß der Staatsanwalt während der Verhandlung des Verteidigers mit dem Bericht mittelst schriftlicher Zettel verfuhr, trotzdem das Gesetz schriftliche Verhandlungen ausschließt.

Als Charakteristikum des groben Aufzugs, welcher mit Verleumdungsprozessen jetzt in Deutschland getrieben wird, mag an dieser Stelle folgende Nachticht Raum finden, welche die badische „Volksstimme“ aus Mannheim bringt. Dasselbe fand kürzlich eine Soßengerichtsverhandlung statt, bei welcher es sich um eine Verleumdungsklage des Gutsbesizers Freiherrn Franz v. Suol aus Zigenhausen gegen den Redakteur des „Oberb. Grenzboten“ handelte. Letzterer hatte seiner Zeit einen Artikel über eine Jentruumversammlung in Weßlich vom 30. März ausgenommen, in welchem ausgeführt war, Freiherr v. Suol habe an jener Versammlung in einer an Ausfällen gegen die Liberalen reichen Rede auch behauptet, letztere hätten keine Nachsicht. In dieser Angelegenheit habe aber der Herr Baron nun so weniger Berechtigung, als er vor etwa zehn Jahren mit seinem Gefährt eine arme alte Frau überfahren habe, dieselbe hilflos habe liegen lassen und schließlich den Esch der Karrenkosten verweigert habe. Die gerichtliche Verhandlung dauerte den ganzen Tag, und da die zahlreich geladenen Zeugen fast ohne Ausnahme die Angaben des „Oberb. Grenzboten“ als vollständig

der Wahrheit entsprechend bezeichneten, wurde Herr v. Suol mit seiner Klage abgewiesen und zur Ertragung sämtlicher, nicht unbedeutlicher Kosten verurtheilt.

Wie vielen sozialdemokratischen Redakteuren wird das ähnlich gegangen sein, ohne daß sie allemal so glücklich gewesen wären, für wahrheitsgemäß Berichteten zur erforderlichen Zeit die Zeugen beibringen zu können!

Friedberg (in Hessen). In einer Volksversammlung, welche am 1. November stattfand, berichtete der Delegirte für den Wahlkreis Friedberg-Wüdingen, Fritz Schmidt, über den Erfurter Parteitag. Es gelangte darauf folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige in Saalbau zu Friedberg von circa 200 Personen besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Delegirten Fritz Schmidt einverstanden, verspricht, mit allen Kräften für die Ausbreitung unseres neuen Programms zu sorgen, bedauert das Vorgehen der Opposition, deren Ausschluß erfolgen mußte, und wünscht, daß vom Parteivorstande aus durch passende Broschüren für die Landbevölkerung baldigst gesorgt werden möge.“

„Der Anarchismus“, sagt der Brünner „Volksfreund“, hat in Oesterreich gründlich abgewirtschaftet. Gewisse Persönlichkeiten, die gern sehen würden, wenn die Arbeiterbewegung frisch und fröhlich mit Pulver, Blei und Säbel niedertrotzt würde, mag dieses Faktum sehr unangenehm sein. Die in ruhigen, aber sehr klaren und zielbewußten Bahnen dahinschreitende sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Oesterreich ist gar vielen Herren ein Gräuel. Sie läßt sich nun einmal nicht zu unüberlegten Schritten hinreißen. Weder gewinnt man sie für die „Sozialreform“ der österreichischen Parlamentarier noch macht sie in Putsch.“

„Die Wiener Arbeiterzeitung“ bringt folgende heitere Notiz:

„Eine böhmische Jdyllie. Am 12. Oktober kam der Briefträger zu Josef Kubaan — — — Konfizirt!“
Heinrich Heine's Witz: „Die deutschen Zensoren — — Dummköpfe!“ ist also immer noch modern.“

Die Achtung des Briefgeheimnisses scheint man in Oesterreich auch heutzutage noch nicht sich angewöhnen zu können. Das geht wenigstens aus folgender Nachricht der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ hervor.

Die Redakteure der Leimberger Arbeiterblätter erhielten vor einiger Zeit von der hiesigen Postdirektion eine Verständigung, daß zwei an sie adressirte Briefe aus Paris, da der Verdacht einer — Falschfälschung vorliege, dem Zollamte überbracht werden und dort abgehoben wären. Am Zollamt gefand man noch einigen Herumläufchen, daß es wohl am besten wäre, zur Polizei zu gehen, da aller Wahrscheinlichkeit nach der Vorstand des politischen Freisprekureaus ein ehesten Auskunft geben könne. Wie und auf wessen Veranlassung die Polizei zur Untersuchung wegen Verdachts einer „Falschfälschung“ herangezogen werden konnte, wußte Niemand zu erklären. Bei der Polizei zeigte es sich, daß die Briefe je ein nicht konfizirtes Exemplar des „nationalsozialistischen“ Blattes „Fobudla“ enthielten. Der Postkommissar machte die scharfsinnige Bemerkung, daß der Verdacht vorliege, die Empfänger der Briefe wären auch die Urheber der Verleumdung, da sonst nach Gesetzmäßigkeit der „Fobudla“ die Briefe nicht frankirt worden wären und überhandte die corpora delicti an die Staatsanwaltschaft!

Der Gemeinderath von St. Ouen (Frankreich) hatte gegen die Hegelei von Journales protestirt und war deshalb vom Minister aufgelöst worden. Auf diese Maßregel antworteten die Arbeiter damit, daß sie denselben Gemeinderath mit großer Majorität wiedewählten.

„Le Partii Socialist“, unser französisches Bruderorgan, bespricht in sympathischer Weise die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Er hebt u. A. hervor, daß, obgleich die Zahl der erscheinenden Blätter im letzten Jahre nur wenig zugenommen habe, die Abonnentenzahl um so mehr gestiegen sei, so daß der „Vorwärts“ zum Beispiel 38 000 M. gut machen konnte. Zum Schluß wird der Wunsch geäußert, daß die französische Presse es sich zur Ehre machen möge, dem deutschen Beispiel zu folgen.

In England beginnt die Polizei sich mehr und mehr zum Vortritt des Kapitalismus zu erheben. Während religiöse Feste und Feiertage sowie sonstige Parteien Versammlungen auf Plätzen und Straßen abhalten dürfen, ohne daß die Polizei etwas dagegen einwendet, treibt sie Versammlungen der Sozialisten auseinander und verhaftet wohl gar die betreffenden Redner. So wirkt die kapitalistische Gesellschaft allgemein selbst in den Ländern, in welchen bürgerliche Freiheit noch in größerem Maßstabe herrscht, die freiheitliche Tradition bei Seite, um dadurch ihre Stellung vor dem vorwärts drängenden Proletariat zu sichern. Die englischen Arbeiter aber sind die Letzten, die sich auf die Dauer solche abträgliche Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit gefallen lassen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. Wegen des humoristischen Gedichts „Der Teufel in Quadhausen“, weswegen das Sonntagblatt der „Offenbacher Abendzeitung“ beschlagnahmt wurde, hat man dieser Tage den Redakteur Fritz Bender, sowie den Verleger M. Jahn und den Herausgeber G. Reich verurtheilt, und zwar beide letztere als Zeugen, um die Verlesung des Verfassers zu erfahren. Beide erklärten auf ihren Eid, daß sie den Namen wohl wüßten, ihn aber als Geheimniß bewahren würden, da sie sich durch dessen Nennung einer Pflichtverletzung und Ehrlosigkeit schuldig machten.

Da „Offenbacher Abendblatt“ meint dazu: „Damit ist dieser Prozeß in ein neues Stadium getreten und haben wir nunmehr abzuwarten, was weiter gegen uns unternommen werden wird. Nach § 69 der Strafprozess-Ordnung kann das Zeugniß durch Geldstrafe und Haft erzwungen werden. Wird dieser Paragraph gegen uns angewandt, so können wir noch recht interessante Prozesse erleben, zumal es die Staatsanwaltschaft ja in Händen hat, Anlagen gegen uns zu erheben, so oft sie es für nöthig hält, und in jedem Fall der § 69 zur Geltung kommen kann.“

Wegen Aufreizung und Majestätsbeleidigung wurde der Schneider Friedrich Klog von der Leimberger Strafammer zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Die Magdeburger „Volksstimme“ weiß wieder von einer Hausdurchsuchung zu berichten. Diermal suchte man in ihren Lokalitäten, um den „Pfeilspiegel“ Corvin's zu beschlagnahmen. Das Such, dem die Beschlagnahme und Infolge deren die „Mittwärts-Revolution“ seines Textes nicht zum erstenmal überdrüßig, soll immer noch das Ziel der Gotteslästerung enthalten. Die Polizeibeamten fanden bei der Magdeburger nur ein Exemplar. Bei zwei Kopporträgen in Eudenburg wurde gleichfalls nach dem Suche nachgeführt.

Der Vertrauensmann von Trebbin, G. Wensched, welcher Filialpräsident des „Volksblatts für Teltow, Seefow etc.“ ist, sollte sich der geschwundenen Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Straßen schuldig gemacht haben, weil er das erwähnte Blatt daselbst an Personen abgegeben hatte, ohne dazu die polizeiliche Genehmigung zu besitzen. Die Polizeibehörde sandte ihm hierfür ein Strafmandat in Höhe von 15 M. Er beantragte richterliche Entscheidung. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß Wensched das „Volksblatt“ an Abonnenten abgegeben hatte, darauf hin erfolgte natürlich seine Freisprechung.

Theater.

Mittwoch, den 4. November.
Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Berliner Theater. Die Bluthochzeit.
Leffing-Theater. Die Großstadt-Lust.
Residenz-Theater. Das Hinderniß.
Wallner-Theater. Gewagte Mittel. Cavalleria Borolina.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Baloge.
Thomas-Theater. Unruhige Zeiten, oder: Liehe's Memoiren.
Ostend-Theater. Die eiserne Kammer oder: Vater Morin.
Gesellschaft-Theater. Jung-Deutschland zur See.
Adolph Ernst-Theater. Der große Prophet.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Varieté. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Varieté. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.



Theater d. Reichshallen
 Gänzlich neues
 Programm.
Sechs Debüts!
 Sechs neue Nummern!
 u. s. w.
Bogende Hunde.
 Charles Phoites-Pinauds
 u. s. w.



Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
Auftreten der Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Kneipenfänger.
 Anfangs Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittagstisch à la Duval. 3 Regelmäßigen 6 Billards, 2 Salé. 1169L

Stablissement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungsmusik.
 Direktion J. Rodmann.
 Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Kuchenschank von Pagenhofer Export-Bier, Seibel 15 Pf.
 641 **F. Müller.**



Passage-Panopticum
 und
Theater Variété
 I. Ranges
 50 Pfennig.

Prinzess Pauline,
 die lebende Puppe in
Castan's Panopticum
 ohne
Extra-Entree.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Fräuscher's anatomisches MUSEUM
 Kommandantenstr. 80-81.
 Viel Neues tagl. von früh 9 b. Ab. 10 für erwachs. Herren.
 Dienstag u. Freitag: **Damentag.**
 Entree 50 Pf., Militär 25 Pf. 1421L

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
Spezialität: Theater I. Ranges.
 Anf.: Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 6 1/2 75

Platin-Linke
 zahlt 80 Pf. per Gramm, nur Kaffe.
 2498b **Reinholdendorferstr. 23.**

Stinderwagen. Größtes Lager Berlins
Platin-Linke
 zahlt 80 Pf. per Gramm, nur Kaffe.
 2498b **Reinholdendorferstr. 23.**

Circus Renz.

Savillstraße.
 Mittwoch, den 4. November 1891:
 Abends 7 1/4 Uhr: „Auf Helgoland“, oder: „Ebbe und Fluth“, große hydrol. Kuffattungs-Pantomime in 2 Akten, mit Rationaltänzen (60 Damen), Aufzügen u. s. w. Hierbei erlaube ich mir ganz besonders auf eine neue Einlage: Die Ulanen (dargest. v. 4 Damen) aufmerksam zu machen. Dampfschiff- u. Bootfahrten, Wasserfällen, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten u. arrangiert u. inszeniert vom Dir. E. Renz. Kunstschwimmerinnen 3 Geschw. Johnson Schlus-Tableau: Grands Fontains lumineuse, in einer Höhe von mehr denn 80 Fuss ausstrahlend. Außerdem: Die eisernen Ritter aus dem Mittelalter, dargestellt von 12 Herren mit eigens hierzu dressierten 12 Schulpferden. Schulpferd Solon, geritten von Feul. Ottilde Hager. Korax und Merour zusammen vorgeführt von Herrn Ernst Renz (Enkel). Auftreten der Original-Ansleigh-Compagnie (1 Dame und 3 Herren). Sisters Lawrence am Hög. Trapes. Auftreten der Reitanfängerinnen Mlle. Marie Charini und Mlle. Adèle Brilatore, sowie der Reitanfänger Herren Jules und Alex. Brilatore u. Komische Entrees und Intermezze von sämtlichen Klownen.
 Täglich: **Auf Helgoland.**
 An den Wochentagen bleibt die **Einkassette von 2 bis 4 Uhr Nachmittags geschlossen.**
 Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei). Auf mehrfachen Wunsch: „Leben und Treiben auf dem Eise.“ Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland.“
E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
Friedrich-Harl-Isler, Ecke Savillstr.
 Mittwoch, den 4. November 1891, Abends 7 1/2 Uhr: **Große Extra-Vorstellung** mit neuem, vorzüglich gewählten Programm. Besonders hervorzuheben: **Potpourri mit 6 Pferden**, dargestellt, inszeniert und vorgeführt von Herrn Ernst Schumann. (Original-Dressur.) **Miß Edith Adams**, Barforce-Reiterin. **La Porco**, gymnastische Straßproduktionen **Mr. Stelling** und **Melan**. **Monopol**, Rapphengst aus dem Orlov'schen Gestüt, in der hohen Schule geritten von Herrn Max Schumann. — **Doppel-Jockey** **Mr. Jos. Hodgini** und **Victor Bedini**. **Dr. Alexander**, Saktomortal-Reiter. **Walküren-Mandor**, geritten von 16 Damen. — **Cancan à la Parisienne** von 8 Klownen. Komische Entrees der Klownen **Little Fred**, **Tanti**, **3 Gebr. Chianchi**, **Baptiste**, **Ripp** und **Tripp**. — **Am 4. Male:**
Circus unter Wasser. „Eine ländliche Hochzeit.“ Original-Wasser-Pantomime in 2 Akten, mit sensationellen Licht- und Wasser-Effekten, großartiger, mit elektrischer und bengalischer Beleuchtung versehener **Wasserfall**, **Ressontontäne**, 3 **wasserspeiende Nilpferde**, ein mit ca. 300 Wasserstrahlen versehener **Kranz** um die **Manoge**, neue kom. Einlagen, **Wasser-Nymphen** u. s. w.
 Morgen: **Gr. Elite**-Vorstellung mit neuem Programm. „Eine ländliche Hochzeit.“
 Unserm adeln Bruder, dem Gastwirth **H. Wendt**, Stromstraße 48, zu seinem 40. Geburtstag ein donnerndes Hoch!
Die adeln Brüder.
 Unserm Freund und Kollegen **Wihl. Heinicke** genannt **Russe**, zu seinem 65. Weigenfeste ein donnerndes Hoch! daß ganz Friedenau wackelt. Seine Kollegen vom Bau. Die jungen Leute sind ausgegangen, nu wer'n wir seh'n, was er thun wird. 2495b

Unserm adeln Bruder, dem Gastwirth **H. Wendt**, Stromstraße 48, zu seinem 40. Geburtstag ein donnerndes Hoch!
Die adeln Brüder.

Unserm Freund und Kollegen **Wihl. Heinicke** genannt **Russe**, zu seinem 65. Weigenfeste ein donnerndes Hoch! daß ganz Friedenau wackelt. Seine Kollegen vom Bau. Die jungen Leute sind ausgegangen, nu wer'n wir seh'n, was er thun wird. 2495b

Die rühmlichst bekannte
Bettenfabrik
 von **R. KIRSCHBERG**
Berlin C., Spandauerbrücke 1 b.
 gegr. 1870, verkauft streng reell neue **Bettfedern**, vorzügl. füllend, Pfd. 0.50, 0.75, bis zu den allerbesten nur 3 M.
Daunen, [1485L prima Halbdaunen 1.10, 1.50; reine Ganzdaunen 2.60 (von diesen Daunen genügen 3 Pfd. zum größten Deckbett); allerf. Schwanendaunen nur 4.50 u. 6.50.
Kompl. Decken, bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kopfkissen in guter Federfüllung M. 12, 15, 20 bis zu den allerbesten Braut- u. Herrschaftsbetten enorm billig.

Meinen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich **Tempelhofer-Ufer 12** eine **Fleisch- und Wurstwaren-Handlung** übernommen habe. Auch **Wohnung Josephstrasse 4, r. IV**, bestehend aus zwei Stuben u. Küche zum Preis v. 400 M. sof. zu verm.
George Ritter.

Genossen!
 Ein Parteigenosse bittet um ein Darlehen von 60 Mark gegen monatliche Abzahlung, da der Wirths-Emissionslage erhoben hat. Sicherheit: Wirthschaftsbüchel. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

An alle Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen!

Donnerstag, den 5. November ds. Js.,
 Abends 8 1/2 Uhr:

Allgem. Buchdrucker-Versammlung
 mit Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen

im großen Saale der Brauerei „Friedrichshain“
 am Königsthor.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Ausführung des Beschlusses der Allgemeinen Versammlung vom 1. November.
2. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Mitglieder-Versammlung
 der
Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der Tabak-Arbeiter
 Deutschlands, Berlin I
 am Montag, den 16. November, Abends 9 Uhr,
 bei **Herschleb**, Adalbertstraße Nr. 4.
Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1891.
 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 2501b
 Der Vorstand. **J. A. B. Prengel.**

Oeffentliche
Mitglieder-Versammlung
 (Männer und Frauen)
der Orts-Krankenkasse der
Vergoldern-Berufsgenossen
 am Mittwoch, 4. November, Abends 8 1/2 Uhr,
 in **Feuerstein's oberem Saal**,
 Alte Jakobstraße 75.
Tages-Ordnung:
 1. Freie Arztwahl. Referent: Herr **Dr. O. Müller**. 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.
 2493b
 Der Einberufer.

Den Mitgliedern der **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabak-Arbeiter, Filiale Berlin I** zur Nachricht, daß das Mitglied **Richard Rauprich** am 31. Oktober gestorben ist. Die Beerdigung findet am **Mittwoch, den 4. November, Nachm. 1/3 Uhr**, auf dem **Louisen-Kirchhof** (Brüder-Graue), statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 2500b
Der Vorstand.

Danksagung.
 Für die liebevolle Theilnahme und reiche Kranksende bei der Beerdigung meines Vaters sage ich den Pagen Berlins und Umgegend, sowie Freunden und Bekannten unsern tiefgefühlten Dank.
 2492b
Hirdorf, den 3. November 1891.
Hugo Hahn nebst Familie.

Den besten bayerischen
Schmalzler,
 aus echtem **Grashtabak**, sowie ihre rühmlichst bekannten **Rauch-, Kau- und Schnupf-Tabaksorten** empfehlen
Schwarz & Comp.,
 Tabakfabrik, Nürnberg,
 Marienvorstadt,
4, Gleisbühl-Strasse 4.
 Versand von Schmalzler von 7 Pfd. an franko. [1448L]

Die Pflicht
 jeder Hausfrau ist es, Sorge zu tragen, damit sie bei dem Einkauf von Bettfedern nicht betrogen wird. Wer streng reell mit vorzüglichen, völlig staubfreien und geruchlosen, sehr füllreichen geschlossenen neuen Gänsefedern versehen sein will, bestelle versuchsweise ein 5 Kilopack solcher Federn. Silbergrane zum Preise: I. Sorte 80 Pf., II. Sorte 130 Pf., Schneeweisse I. Sorte 150 Pf., II. Sorte 2 M., III. Sorte 250 Pf. pro Pfund franko und verzollt nach jeder Poststation gegen Nachnahme sendende. Umtausch gestattet. Bettfedern-Spezialgeschäft der **Johanna Polazek**, Janowitz a. d. Angel Nr. 86, Pöhlmen. 2503b

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. **Rippenbadal** 2 Pfd. 60 Pf. 1274L
G. F. Dinslage,
 Kolbitzburgerstr. 4, Hof part.
 Zitherlager, Unterr. Dresdenstr. 98, I.

Große öffentliche
Kommunalwähler-Versammlung
 am Mittwoch, den 4. Novbr., Abends 8 Uhr,
 im Lokale „Königsbank“, Gr. Frankfurterstrasse 117.
Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent **Stadtr. Frh. Jubeil**. 2. Ansprache des Kandidaten **Genosse Wilhelm Sabot**. 3. Diskussion.
 394/9
Der Einberufer.

Große öffentliche
Kommunalwähler-Versammlung
 für den 25. Bezirk
 am Donnerstag, den 5. November ds. Js., Abends 8 1/2 Uhr, im **Gesellschaftshaus Ostend**, Rüdigerdorferstraße 45.
Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent **Genoss. Euhauer**. 2. Diskussion.
 Der bisherige Vertreter des Bezirks, Herr **Stadtvord. Kramp**, ist eingeladen.
Das Komitee.

Große öffentliche sozialdemokratische
Kommunalwähler-Versammlung
 für den 10. Bezirk
 am Donnerstag, den 5. November ds. Js., Abends 8 Uhr, in der **Berliner Sodabrauerei am Tempelhofer Berg**.
Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent **Stadtr. Vogtherr**. 2. Diskussion. — Um zahlreichen Besuch bittet
 394/11
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
der Töpfer Berlins und Umgegend
 am Mittwoch, den 4. d. Mtz., Abends 5 1/2 Uhr,
 bei **Joel, Andreasstraße 21.**
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission über die Lage unserer Streiks. 2. Die schädlichen Einwirkungen der offenen Kofakfeuer. Referent: **Genosse G. Kessler**. 3. Gewerkschaftliches. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 411/1
Die Streikkommission. J. A. L. Pierow.

Große öffentliche Versammlung
der Einseker Berlins und Umg.
 am Donnerstag, den 5. Novbr., Abends 8 Uhr,
 im Saale des **Herrn Röllig**, Neue Friedrichstraße 44.
Tages-Ordnung:
 1. Das Kartell der Bauhandwerker. Referent **Baumeister Keller**.
 2. Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes.
 Das Erscheinen Aller ist Pflicht.
Der Einberufer: A. Schönberg.

Achtung! Achtung!
Berliner Streik-Kontrollkommission.
Öffentliche Versammlung der Delegirten
 in **Feuerstein's Salon**, Alte Jakobstrasse No. 75.
Tages-Ordnung:
 1. Antrag der Weiberber. Referent **M. Ahrendt**. 2. Antrag der Bäcker. Referent **G. Pfeiffer**. 3. Antrag der Handschuhmacher. Referent **O. Wilke**. 4. Wie verhalten wir uns zur Lohnbewegung der Tapezierer, Maler und Buchdrucker. 5. Sonst. Anträge.
 284/11
Der Einberufer: O. Wihle, Stalhoferstraße 61.
 NB. Das Erscheinen sämtlicher Delegirten ist Pflicht. **D. O.**

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27. 8-10, 6-7, Sonnt. 8-10.
Ein Zigarrengeschäft wird zu kaufen gesucht. Offerten unter **G. 8. 100** Postamt Junferstraße. 2496b
Harzer Kanarienvoller billig bei **H. E. Schnelle**, Gr. Frankfurterstr. 133.
Winklampen mit Lyra 7.50 M. 5692R **Jordan**, Stalhoferstraße 9.

Arbeitsmarkt.
 Dreher auf Stohrwerkzeugen, jedoch nur eingearbeitete, und Schmittarbeiter verlangen **C. F. Kindermann & Co.**, 2494b **Mädernstr. 68.**

Jede Uhr unter Garantie kostet bei **1,50 Mk.** zu repariren (außer Bruch) kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Mannstr. 25, d. Oranienplatz.

Den Parteigenossen empfehle ich zur Anfertigung eleganter Herren-Garderobe **Otto Beckers**, Fendelstr. 25, Hof 3 Er. 1881L
Triftstr. 40a, Stube u. 2498b
 sofort billig zu vermieten.
Hierzu zwei Beilagen

Aus England.

London, den 28. Oktober.

Es gibt nicht nur Richter in Berlin. Auch in England gibt es Leute, welche berufen sind, Recht zu sprechen, und deren Rechtsprüche dem unerfahrenen Laien den Schmerzensschrei des alten Pöbelers entlocken: „Ich gehe zum Kadi!“

Die letzten Monate waren in dieser Beziehung ganz besonders fruchtbar. So schwere Strafen sind für verhältnismäßig leichte Vergehen und so relativ leichte Strafen für schwere Vergehen ausgesprochen worden, daß ein hiesiges größeres Blatt für die Anzeigen aus dem Publikum, die ihm in Bezug hierauf zu geben, den Titel gewählt hat: „Die Lotterie der Justiz.“ Die Rechtsprechung eine Lotterie — in diesem Vergleich liegt bereits eine Kritik, wie sie abfälliger nicht gedacht werden kann. Wer kann sich belügen, wenn er in der Lotterie verliert? Aber wenn ein bisher unbescholtener Mann, weil er sich gegen zwei ihn verfolgende Hauswalde mit dem Revolver zur Wehr gesetzt, zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt wird, und ein Mann, der einen andern auf eine verhältnismäßig geringe Provokation hin todgeschlagen, mit zwölf Monaten bloßem Gefängnis fortkommen kann, wie Weibes in London geschehen, so ist entschieden etwas nicht richtig im Reiche der Themis.

Der englische Richter genießt eine große Unabhängigkeit und hat in Bezug auf die Strafmaßung unbeschränkte Freiheit. Das hat sich in vielen Fällen als ein großer Vortheil für eine nicht nach dem Buchstaben, sondern nach Billigkeitsrückichten gehende Rechtsprechung erwiesen. Aber das Bild hat eben auch seine Reverso. Wenn die Richter sich nicht über ihre Vorurtheile, Launen, Klassenanschauungen erheben können, so ist die Gefahr einer Verlehrs der Justiz in ihr Gehirne um so größer. Und es ist eine nicht kleine Lücke sich absolut ins Gesicht schlagender Erkenntnis, welche die Presse in letzter Zeit zu verzeichnen hatte. In verzeichnen und zu kritisieren, denn im gegebenen Falle spricht die englische Presse sich auch über Gerichtsverurtheile mit einer Ungeheuerlichkeit aus, die in Deutschland für unerhört gelten würde.

Das haben namentlich die Herren „Unbezahlten“ erfahren müssen, die leithin einen Farmer im Kentischen, der ein sieben-jähriges Mädchen buchstäblich bis zum Wahnsinn mißhandelt hatte, mit einer Geldstrafe von 5 Pfd. Sterling laufen lassen. Der Unhold hatte das Kind, weil es aus seinem Obstgarten ein paar Pfäumen aufgegriffen, die vom Baum gefallen waren, an den Baum gebunden und eine halbe Stunde lang seinen Hund aufes gehen. Weniger roh als sein Herr hat der Hund allerdings das Mädchen nicht gebissen, sondern ihm nur die Kleider zerrissen, aber unter der ausgefallenen fürchterlichen Angst ist dasselbe in geistige Lammachtung verfallen und wird vielleicht nie wieder genesen. Nun, und für diese Brutalität waren nach der Ansicht der Preisrichter von Walling fünf Pfund Sterling eine genügende Sühne.

Ein Schrei der Entrüstung erhob sich, als dieses Urtheil bekannt wurde, und der Minister des Innern hat sich veranlaßt gesehen, von den betreffenden Richtern einen genauen Bericht über die Angelegenheit einzufordern. Aber bisher hat das nur den Effekt gehabt, daß die Richter in erneuerter Sitzung ihren Spruch für richtig und gerecht erklärt und als äußerste Koncession an die importierte öffentliche Meinung den Farmer auf sechs Monate unter Kaution gestellt haben. Womit diese aber sich hoffentlich nicht beruhigen wird.

Es handelt sich in diesem Falle, wie schon erwähnt, nicht um eigentliche Richter, sondern um Polizei- bzw. Preisrichter — die great unpaid, die großen Unbezahlten, wie der berbe Cobbel sie einst nannte. Von Hause aus ist nämlich das Preisrichtertum ein Ehrenamt, das seine juristische Vorbildung erfordert. Erst nach und nach hat man, namentlich in den großen Städten, auch seine Ausübung an Juristen von Fach übertragen und mit entsprechenden Gehältern versehen. Aber der Name ist ihnen geblieben und ganz besonders auf dem Lande, wenn auch nicht ausschließlich dort, ist auch heute noch der „Magistrat“, wie figura zeigt, oft der würdige Nachkomme des vom unsterblichen Shakespeare verewigten Dogberry.

Ein Seitenstück zu dem vorerwähnten Spruch haben die Herren Preisrichter von Towyn geleistet, indem sie einen Landstreicher, weil er ohne nachweisbare Unterhaltsmittel gefunden worden war, zu drei Monaten Gefängnis mit schwerer Arbeit verurtheilten. Und damit die gelehrten Richter in den Städten nicht leer ausgehen, so sei nur an den wackeren Sir Peter Edlin in London erinnert, der schon wiederholt für kleine Diebstähle fünf Jahre Zuchthaus und darüber verhängt hat. Auch ein anderer Londoner Richter, Herr Barry, der sogar königlicher Rath — Queens Council — ist, hat vor einiger Zeit einen Mann, der ein Portemonnaie mit 28 Pence Inhalt gestohlen hatte, zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt. Ueberhaupt ist es eine alte Klage, daß bei vielen Richtern, namentlich aber bei den Preisrichtern auf dem Lande, Vergehen gegen die Person ungemein milde, Vergehen gegen das Eigenthum aber außerordentlich streng bestraft werden.

Wohl gibt es auch Richter, die verständigeren Anschauungen huldigen und lieber fünf grade sein lassen als einen armen Teufel, der der Noth oder der Verurteilung nachgegeben, ins Gefängnis zu senden, aber um so mehr wird die Justiz eine Lotterie, wenn sie ganz von dem individuellen Belieben Einzelner abhängig ist.

Die Frage ist nun, wie abändern, ohne von der Scylla in die Charybdis zu verfallen. Zum Theil ist die Antwort auf dem letzten Trades-Unionkongreß erteilt worden, wo die Ausdehnung der Befähigung zum Geschworenentum auf alle Wähler und die Entschädigung der Geschworenen verlangt wurde. Die Geschworenen gehören heute fast ausschließlich der besitzenden Klasse an und folgen ihren Instinkten, die in allen Fragen, welche das Eigenthum betreffen, gewöhnlich nach der reaktionären Seite gehen. Die studierten Richter sollen zwar einen weiteren Gesichtskreis haben als der Gewürzkrämer auf der Geschworenenbank, aber da sie ebenfalls der besitzenden Klasse angehören, so findet man unter ihnen bisweilen noch fanatischere Vertreter oder Vorurtheile derselben, als unter ihren nichtstudierten Klassenangehörigen. Der Arbeiter dagegen wird heute durch seine Klassenlage immer mehr zu moderneren Anschauungen getrieben, er ist ihr natürlicher Vertreter und muß sie immer mehr entwickeln, je mehr er seine Stellung in der Gesellschaft begreift. Will man den Geist der Zeit auf der Geschworenenbank sehen, so muß dieselbe der Arbeiterklasse geöffnet werden.

Das ist aber nur die eine Seite der Frage, die andere ist die innere Reform des Rechtswesens. Auf diese einzugehen, würde jedoch hier zu weit führen; es wird sich ein andermal Gelegenheit dazu bieten. Erwähnt sei nur noch, als Anzeichen, wozu die Strömung geht, daß im Londoner Gracchastatut neuer-

dings wieder die Frage erörtert worden ist, ob derselbe denn gar kein Mittel habe, die Abberufung eines Polizeirichters — des oben erwähnten Sir Peter Edlin — dessen Gehalt aus dem Budget der Gracchastatut bezahlt werde, zu erlangen, und daß das Organ der Radikalen in London an den Bericht über den Fall in Walling die Frage knüpft: „Ist es angeht der Thatfache, daß sich derartige Skandale beinahe Woche für Woche wiederholen, nicht an der Zeit, die Abschaffung der großen Unbezahlten ins radikale Programm einzuschreiben?“

Der Streik auf den Carron- und Hermitage-Werften scheint verloren. Nachdem sie die Entscheidung wochenlang hingezogen, haben die Vertreter der Schiffbauarbeiter vorgestern beschlossen, sich der Blockade der Werften nicht anzuschließen, und dieser Beschluß hat bereits den Rücktritt zweier weiterer Arbeiterkategorien von der Blockade zu Folge gehabt. Danach scheint die Behauptung der Direktoren, bis zum Ueberfließ mit leistungsfähigen „freien Arbeitern“ versehen zu sein, doch so ziemlich der Wahrheit zu entsprechen, und da der Herbst, wo die Landarbeiter „frei“ werden, auch sonst für einen Streik von „Ungelehrten“ nicht die beste Zeit ist, so wird der Doker-Union kaum etwas anderes übrig bleiben als nachzugeben. Die große Hafenarbeiter-Föderation, von der ich in meiner vorletzten Korrespondenz berichtet, hat sich also noch nicht bewährt, und es ist nach diesem Omnia ziemslich zweifelhaft geworden, ob sie überhaupt in absehbarer Zeit mehr sein wird, als ein großer Geban.

Etwas besser als mit dem Streik der Doker steht es mit dem Streik der Zimmerleute. Nachdem derselbe netto ein halbes Jahr andauert und über 50 000 Pfd. Sterl. gleich einer Million Mark Streikunterstützung verschlungen, die Verluste der Streikenden nicht eingerechnet, haben die Meister endlich eingewilligt, den Disput einem Unparteiischen zur Schlichtung zu unterbreiten, und wenn auch nicht ihre volle Forderung — acht Stunden Arbeitszeit und 10 Pence Lohn pro Stunde — werden die Arbeiter doch jedenfalls einen Theil derselben, vielleicht die achtschündige Arbeitszeit mit etwas geringeren Lohnsatz, erhalten. Der Streik hat manche schöne Beweise von Arbeitersolidarität, Ausdauer und Opferwilligkeit zum Ausdruck gebracht, aber wenn man in Betracht zieht, daß es sich dabei um eine verhältnismäßig geringe Anzahl besonders qualifizierter Arbeiter gehandelt hat, und dann die Kosten des Streiks vergleicht, so wird man um so mehr davon überzeugt, daß für die Masse der Arbeiter es ohne den Weg der Gesetzgebung absolut nicht geht.

Lokales.

Ein Bund zur Hebung des Mittelstandes bezieht Berlin seit etwa zwei Wochen. Übliche Ziele sind es, welche sich der Bund gesetzt hat. Er erstrebt die Besserung der wirtschaftlichen Lage der selbständigen Handwerksmeister und kleinen Gewerbetreibenden durch Einwirkung auf die Gesetzgebung und durch Selbsthilfe, sowie eine Stärkung des Nationalbewußtseins des deutschen Mittelstandes.

Seit Gründung des Bundes hat man nichts weiter von seinen Thaten gehört. Wir werden ihm in nachstehendem einen Weg zeigen, auf dem sich ihm ein weites Feld der Thätigkeit eröffnet, ohne daß er dabei in die Jagdgrube der zahllosen ähnlichen Humanitätsvereine zu gerathen braucht. Vielleicht nimmt sich der Verein jener Bauhandwerker an, welche durch den Bau-Schwindel und Grundstücksbetrug jahrein jahraus um den Ertrag ihrer Arbeit geprellt werden. Hoffentlich ist es auch den Mitgliedern des neugebundenen Vereins nicht unbekannt, daß die große Mehrzahl der neugeschaffenen Baustellen in Berlin von Grundstückspekulanten entstanden werden, die ihre Terrains an den ersten besten Bau-Unternehmer weitergeben, der meist nur ein paar hundert Mark für Entrichtung des Stempels im Besitze hat und nun flott drauf los baut. Die Materialien zum Bau entnimmt der Herr „Baumeister“ auf Kredit von den Bauhandwerksmeistern und kleinen Handwerkern. Geht der Schwindel dann nicht mehr weiter, so tröstet sich der „Herr Baumeister“ mit den Worten jenes typischen Spekulant: „Nun, wenigstens habe ich ein paar Jahre von gelebt.“ Der ursprüngliche Spekulant erleidet keinen Schaden, da das Grundstück in der Substantion für ihn durch die Baumanipulationen des Käufers nur an Werth gewonnen hat. Wer die Gepestelten sind, das sind jene Bauhandwerker des Mittelstandes, deren Nationalbewußtsein der „Bund zur Hebung des Mittelstandes“ härten will. Hier möge er also zugreifen. Könnte er durch Einwirkung auf die Gesetzgebung diesen Bauwuchererzug beseitigen, so würde er des Dankes auch der Arbeiter gewiß sein, die bei der hereinbrechenden Katastrophe meist um ihren sauer verdienten Lohn kommen. Wie groß beispielsweise die Opfer sind, welche der Bauwucherer fordert, geht daraus klar hervor, daß von den neuangekauften Grundstücken des vor drei Jahren parzellirten großen Terrains der ehemalige Porzellanfabrik am Oranienburger Thor nur sechs Häuser nicht subhalirt wurden.

Aber dazu pflegen ja die Vereine, welche die Humanität angeglich im Schilde führen, nicht da zu sein, daß sie wirklicher Noth feuern. In vielen der Schöpfungen, welche in jüngerer Zeit auf dem Gebiet der Bekämpfung sozialer Schäden erwachsen, haben wir dies nachgewiesen. Und an vielen werden wir es noch nachzuweisen haben. Denn die Vereinsgründerei zur Hebung sozialer Noth muß selbstredend so lange als eitle Spielerei angesehen werden, als die Gründer solcher Schöpfungen die wahren Ursachen des Elends nicht zu erkennen vermögen.

Wie will der „Bund zur Hebung des Mittelstandes“ seinen Zweck erfüllen, wenn er nicht einmal ahnt, welches die Quelle der Aufreißung des Mittelstandes ist? Und eine Ahnung davon kann er nicht haben, daß der Mittelstand, das Kleingewerbe, der Handwerksstand sich zwischen dem Großbetrieb und dem Proletariat wie zwischen zwei Mühlsteinen befindet, denn sonst würde er nicht so naive Sagenen aufgestellt haben, wie geschehen. Man höre nur, wie sich der Bund die Erreichung seiner Ziele denkt! Nämlich durch energische Agitation für die Aenderung der Konkursordnung, für Beseitigung des Hausrhandels, Aenderung des Submissionswesens und Einschränkung der Gewerbefreiheit.

Mit solchen Sagenen wird der Bund den Schut des Mittelstandes nach dem Proletariat nicht um ein Jota aufhalten. Der schöne Verein ist also für uns ebenso wenig erst zu nehmen wie die zahllosen anderen Wohlthätigkeitsanstalten, die unbedeutendstem Elende, Titel und Ordensbänder, nativer Humanitätsduselei oder gar dem Redbach ihre Entstehung verdanken.

„Ein Weg zur geistigen und sittlichen Einheit des deutschen Volkes“ werden die berühmten „Volks“-Unterhaltungsabende in einer vom Vorstand der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ herausgegebenen Flugchrift genannt. Das Festhalten, welches bestimmt ist, die „Volks“-Unterhaltungsabende „nach Werth und Bedeutung zu kennzeichnen und die politischen Mittel anzugeben, durch welche diese Einrichtung allerorten ins Leben gerufen werden kann“, also als Agitationschrift und Leitfaden zugleich dienen soll, liefert den schlagenden Beweis, daß unser von Anfang an und stets von Neuem angegriffenes Mißtrauen gegen dieses „volksfreundliche“ Unter-

nehmen berechtigt war, und daß wir recht daran thaten, die Arbeiterkreise davor zu warnen. Insbesondere finden wir unsere Vermuthung, diese „Volks“-Abende seien eine der viel gerühmten „geistigen Waffen gegen die Sozialdemokratie“ durch offenes Zugeständnis vollkommen bestätigt.

Das Statut des Berliner Vereins für Volksunterhaltung sagt zwar: „Der Verein will sich fernhalten von all und jeden politischen, sozialen und religiösen Parteibestrebungen und Thematika solcher Art von den Vorträgen ausschließen“, und im Prolog vom ersten Berliner „Volks“-Unterhaltungsabend im Januar 1891 hieß es: „Es künmet draußen der Parteien Zwist, zum Friedenswerke einigt Euch mit uns! Hier wird nicht über Religion gestritten, die leid'ge Politik bleibt vor der Thür, hier giebt's nicht hoch und niedrig, arm und reich.“ Dagegen heißt es auf Seite 6 der Broschüre: „Der jugendliche Fabrikarbeiter kennt nach dem Verlassen der Schule fast keine Schranke. Die längst erlöschte Fingare im Munde, bevölkern sie am Sonntag Nachmittag die gewöhnlichen Schenken und hören mit einer Andacht, die einer besseren Sache würdig wäre, aufreizende Reden.“ Die „aufreizenden Reden“ sind die Vorträge sozialdemokratischer Redner. Diesen soll durch die „Volks“-Abende Konkurrenz gemacht und die Zuhörerschaft entzogen werden. Deutlicher und klarer kann die anti-sozialdemokratische Tendenz der „Volks“-Abende nicht ausgesprochen werden.

Darauf deutet auch schon der gehässige Ton hin, in welchem die Broschüre vom Arbeiter spricht und der Eifer, mit welchem sie den Klaffengegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen zu verwischen sucht. Dem Hinweis, daß die „aufreizenden Reden“ in „gewöhnlichen Schenken“ gehalten werden, liegt die Absicht der Diskreditirung zu Grunde. Der „volksfreundliche“ Speichbürger, welcher die Broschüre liest, denkt dabei an „arbeitsscheues Geindel“, das die Schnapsflasche und den Knotenstock schwingt, und — stellt sich der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ für die „gute Sache“ als Kulturförderer zur Verfügung. An einer anderen Stelle der Broschüre wird behauptet, der Arbeiter suche seinen Genuß „meist nur im Wirthshaus“. Bei den unaufgeklärten Arbeitern, welche sich aus Furcht vor Maßregelungen bisher von der politischen oder Gewerkschaftsbewegung ferngehalten haben, trifft das allerdings theilweise noch zu. In diesen Kreisen mögen sich auch vereinzelt Besucher der „Volks“-Abende finden, — falls überhaupt ein Arbeiter diese Veranstaltungen besucht. Aufgeklärte Arbeiter suchen ihren Genuß weder „meist nur im Wirthshaus“ noch jemals auf einem „Volks“-Abend. Auf diese Weise entgeht ihnen allerdings die Gelegenheit, „mit dem Besitzenden an einem Tisch zu sitzen“ und zu bemerken, „daß der Kaufm und Dasein auf der Stirn des bisher von ihnen beneideten auch oft tiefe Runen gegraben“, „daß nicht sie allein eine schwere Bürde zu tragen, sondern daß jeder Stand seine Last hat“, „daß die Lage Anderer oft trauriger als die ihrige ist“, u. s. w.

Die Broschüre bestreitet, daß die Klaffengegensätze so sehr groß seien, und wo solche zugestanden werden, werden sie spielend beseitigt. Von der Arbeit wird behauptet, daß sie die einzelnen Volksschichten zusammenführe und um alle, welche „arbeiten“, ein unsichtbares, festes Band schlinge. Natürlich werden die kapitalbesitzenden Unternehmer, welche „mit dem Kopf arbeiten“, mitemischungen. Die Klaffen- und Klassenbildung beginne im modernen Leben erst, sobald es sich um Genuß und Vergnügen handle. Hier herrsche nicht der Geist der Vereinigung, der gegenseitigen Unterstützung und Verbrüderung, sondern hier bewege sich alles in streng abgeschlossenen Kreisen, über die hinweg zu schreiben Niemandem gestattet sei, möge er den oberen oder den unteren Gesellschaftsklassen angehören. Aber das „großartige Volks-Bildungsmittel“ der „Volks“-Abende solle eine Vereinigung aller Stände zum gemeinsamen Genuß herbeiführen, — natürlich nicht etwa zum gemeinsamen und gleichmäßigen Genuß des Brotes der Gesamtarbeit des Volkes, sondern nur einiger Ergötzen, die von dem mit geistigen (übrigens aber ungefährlichen) Speisen reich besetzten Tische des Besitzenden fallen. Da wird dann der Arbeiter mit dem reichen Kapitalisten bescheiden an ein und demselben Tische sitzen, den Vorträgen der Stadtkapelle oder eines Gesangsvereins lauschen, ein Theaterstück aus der Zeit seiner Großeltern mitanzusehen, sich über ein „volksähnliches“ Thema belehren lassen, dazwischen mit einem aus Ehrfurcht und Mitleid gemischten Gefühl die Runen auf der Stirn seines wohlbelebten, bisher von ihm beneideten Nachbarn betrachten, zum Schluß das Lied „Freiheit, die ich meine“ oder nach Bedarf auch „Heil Dir im Siegerkranz“ singend und vor Begeisterung erschauend mitlingen und dann mit dem Bewußtsein nach Hause gehen, daß die soziale Frage wieder einmal gelöst ist. Probatum est!

Die schnurrige Broschüre kommt gerade recht zur Eröffnung der Winterkampagne. Sie wird dem Unternehmen neue Freunde zuführen, aber sie wird hoffentlich auch den wenigen Arbeitern, welche die „Volks“-Abende bisher etwa noch vorurtheillos besucht haben sollen, endlich die Augen öffnen. Die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ würde der Arbeiterchaft den größten Dienst erweisen und wahrhaft „aufklärend wirken“ — über ihre „volksfreundlichen“ Bestrebungen nämlich — wenn sie das Einleitungsgeheiß der Broschüre über Arbeit und Vergnügen, das wir hier nur ausprobiert haben, mittheilen könnten, als Flugblatt drucken und in Arbeiterversammlungen vertheilen lassen würde.

Die Berliner Kommunalverwaltung und der Pseudo-Freissinn. Die „Freis. Ztg.“ unternimmt es, das letzte sozialdemokratische Flugblatt an die Kommunalwähler Berlins zu „widerrufen“. Diese Widerlegung, welche zugleich eine Rechtsfertigung des Freissinns sein soll, ist so mitslungen, daß sie den „Freissinn“ nur bloßstellt, und wir könnten eigentlich Say für Say ohne Bemerkung wiedergeben, um dadurch die Ausführungen des Flugblattes zu erhärten. So (nämlich in dem Flugblatte des Central-Wahlkomitees) wird angeführt, daß zur Erhöhung der Gehälter der besoldeten Stadträte viele Tausende bewilligt worden seien, während die Löhne der städtischen Arbeiter noch mehr gekürzt worden wären, wenn die Sozialdemokraten nicht in der Stadtvorordneten-Versammlung gewesen wären. Zur Widerlegung führt die „Freis. Ztg.“ die — Lohnerhöhungen an, die infolge des Auftretens der sozialdemokratischen Stadtvorordneten stattgefunden haben und die zwischen 4 und 15 pCt. differiren.

Ueber die Löhnung der Nieselfelder-Arbeiter mit 1 M. 50 Pf. und 1 M. pro Tag, sagt die „Freis. Ztg.“: „Die auf den Nieselfeldern bezahlten Löhne... sind den dortigen ländlichen Verhältnissen vollkommen angemessen. Auch melden sich zu diesen Lohnsätzen viele tüchtige fleißige Arbeiter, ohne sich über zu geringe Löhne zu beschweren.“ Das braucht man wohl nur niedriger zu hängen. Das Mancherthum in schamloser Unverhältnlichkeit. So lange ein größeres Angebot von Arbeitern da ist, reichen die schlechtesten Löhne aus! Kann aber ein Stadtverordneter-Kandidat, der auf diesem Standpunkte der „Freis. Ztg.“ steht, die Stimme eines rechtlichen und anständigen Mannes bekommen?

Weiter. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten stellen ihre Ansprüche auf Lohnausbesserung der städtischen Arbeiter natürlich nur, um sich für die Wahlen bei den Arbeiterklassen beliebt zu machen. „Natürlich“ ist das wohl deshalb, weil der „Freissinn“ selbst ein anderes

Das Obige war schon geschrieben, als die Thatfache bekannt wurde, daß ein notorischer Dieb und Straßen-Krausbold, der einen deutschen Arbeiter im Eisenbahnwagen angerempelt und ihn dann auf der Straße die Spitze seines Schirmes mit solcher Wucht ins Auge getrieben hatte, daß dieses sofort auslief und der Arbeiter an den Folgen der Wunde verstarb, soeben gleichfalls mit 12 Monaten Gefängnis davongekommen ist. Gerechtigkeit ist eine schöne Sache, es giebt aber auch — Justiz.

Motto bei Lohnverhörungen nicht kennt, und das stimmt allerdings. Beweis ist, daß der Freisinn, der im Reichstag als Minorität manchmal völkervernünftliche Forderungen stellt, in den von ihm beherrschten Kommunen eine solche die Konserativen und den Staat weit überragende Herzlosigkeit gegen die Arbeiter offenbart. Für ein nicht-menschliches Diktum und Derg ist es dagegen unvorstellbar, daß jemand die Erhöhung von neun und sechs Mark betragenden Wochenlöhnen aus anderen als Billigkeitsgründen fordern sollte.

Wollte die Kommunalverwaltung, so heißt es in dem Leitartikel der „Freis. Ztg.“ weiter, Arbeitern nur darum, weil sie bei der Stadt und nicht bei Privaten beschäftigt werden, beträchtliche Lohnverhörungen zahlen, so würde dies ein Unrecht sein gegen die große Mehrheit der nicht in städtischen Diensten stehenden Arbeiter. Die Wirkung dieses erschütternden Argumentes gegen Lohnverhörungen würde durch jeden Zusatz nur abgeschwächt werden können.

Es folgen dann noch einige Zitate, wie man sie bei der „Freis. Ztg.“ gewohnt ist und wohl gelegentlich, aber nicht jedesmal zu widerlegen für nötig hält.

Wir sind der „Freis. Ztg.“ für ihre brutal-ehrliche Enthüllung der „freisinnigen“ Grundzüge dankbar.

Die „Rheinische Volkszeitung“, das leitende Organ der Zentrumspartei in Rheinland und Westfalen beschäftigt sich mit unserem Artikel über das Berliner Jubiläum und greift daraus in besonderer unsere Schilderung über die hierigen Wohnungsverhältnisse heraus. Das Blatt druckt den Artikel aus dem „sozialdemokratischen Vorwärts“ ab und bemerkt dazu: „Was der Vorwärts“ hier über die Berliner Wohnungsverhältnisse sagt, ist leider durchaus zutreffend und nicht übertrieben. Nicht richtig aber ist, daß die heutige Gesellschaft diesen Verhältnissen „m a c h t l o s“ gegenüberstehe; sie l o n n t e viel, sehr viel besser, wenn mehr Menschenliebe und weniger Selbstsucht in dieser Gesellschaft herrsche.“

Unsere Leser sehen, das rheinische Blatt hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Ja, die heutige Gesellschaft „könnte“, — wenn sie besser wäre. Der Mann, der das „Wenn“ und das „Aber“ erdacht...

Das Zentrumblatt lebt natürlich auch noch in dem Glauben, daß es in einem Klassenstaat möglich sein könnte, eine gründliche Reform zu bewirken. Wie diese Reform zu Stande kommen kann, erfahren wir auch:

Aber dann müssen die Vorgesetzten tief in den Säckel greifen und nicht vor Allem fragen, ob ein Prozent Zinsen mehr oder weniger herauskommt. Die durch Staat und Gemeinde unterstützte Geldvermehrung der Kapitalmacht gemeinnützig gesinnter Bürger gegenüber der lediglich auf das Privatinteresse gerichteten Hauspekulation kann große Erfolge erzielen, wenn sie im großen Stil sich betätigt. Wäre man die Dinge weiter laufen, wie bisher, so werden unsere Großstädte mehr und mehr zu einer furchtbaren Gefahr für das ganze Land sich entwickeln.

Die „Köln. Volksztg.“ kennt ihre Pappenheimer! Die „Vorgesetzten“ sollen in den Säcken liegen, sie sollen nicht „ein Prozent Zinsen mehr oder weniger“ herausfischeln.

Ja wer da die Profitwuth dieser „Vorgesetzten“ kennt, wer weiß, wie sich diese Leute um eines Thalers Vortheil wegen anfallen wie die reißenden Thiere, — der weiß auch, daß diese vollgepumpten Mammonschlänche nicht einen Tropfen wieder von sich geben, wenn sie dazu nicht gezwungen werden. Diesen Zwang kann der Klassenstaat nicht ausüben, weil er selbst an der Mammonsucht krankt. Eine Krähle kann der anderen kein Auge aufhaden. Der Trieb des Menschen ist wahrlich nicht der, Gold und Geld aufzuschieben, in Gold und Geld aufzugeben, selbst wenn er sieht, daß rechts und links der wirtschaftliche Krieg Opfer fordert. Der Mensch ist edel, hilfsreich und gut, — aber der Klassenstaat erzieht ihn zu einer Kreatur, die nichts kennt als Geld und Gold. Also heraus doch, ihr „gemeinnützig gesinnten Bürger“, ändert, bessert die Zustände, löst die soziale Frage, — wenn Ihr könnt! Ihr l o n n t aber nicht, weil eine Besserung in dem Gefüge des heutigen Staates unmöglich ist.

Wenn schließlich die „Kölnische Volkszeitung“ meint, daß nur die Großstädte sich in einer furchtbaren Gefahr für das ganze Land entwickeln, so ist sie auch im Irrthum. Berlin ist nach ihrer Ansicht der „Wasser-Kopf“ — aber ist etwa Köln am Rhein eine kleine Stadt? Und hat nicht gerade dieses Köln seinen sogenannten Carneval mit seiner Käpelswoche, mit seinen Herren- und Damenrängen? Wiesels nicht auch in Köln Messerhelden?

Und endlich, wo bleiben denn in Köln die „gemeinnützig gesinnten Bürger“? Das Kölnische Proletariat, die „Kölnischen Jungen“ sind nicht um ein Haar besser, wie die Berliner. In der Stadt der Eau de Cologne riecht Stiefelwische wahrscheinlich auch nach Stiefelwische und nicht nach Jockey-Club.

Alles in Allem: Und wenn ganz Köln, die dortige „Volkszeitung“ an der Spitze, einen Aufruhr gegen und predigen würden, — wir kalkulieren, daß wir stets Oberwasser behalten werden, weil ein sozialdemokratischer Staat allein im Stande ist, glückliche Menschen zu schaffen.

Die alte „Tante“ hat noch viele schöne Sachen in ihrer alten Kumpfkammer, aus der sie von Zeit zu Zeit ein Schaustück hervorholt. In ihrer Sonntags-Nummer giebt sie wieder ein Stück ihrer volkwirtschaftlichen Weisheit zum Besten. Sie leitartikel über den Getreidehandel. Das Getreide sei das notwendige Lebensmittel und doch lasse der Ertrag der Ernte sich nicht bestimmt berechnen. Aufzuehären lasse sich das Getreide nicht auf längere Zeit; da das Getreide unerschlich sei, so bringe schon der Anfall von nur 1 pCt. des Bedarfs Mangel hervor. Die besser Gestellten wollen sich keine Einschränkung auslegen und bezahlen es lieber theurer, so fällt also die Entbehrung verbunden mit der Theuerung den Armen zum Theil. Die „Vossische Zeitung“ macht hierbei „beiläufig“ die Bemerkung: „Wie die Sozialdemokratie durch die von ihr in Aussicht gestellte Planmäßigkeit der Produktion diesem Uebelstand abhelfen will, ist uns unverständlich.“ Die „Vossische“ hat das Mittel, und das besteht im Welthandel und in der Spekulation. Abgesehen von einer ganzen Reihe Einwendungen, die auf die Ausführungen der „Vossischen Zeitung“ zu machen wären, so auch im Besonderen bezüglich der Möglichkeit, einen Nothstand voranz zu schieben, oder von solchen Bemerkungen, daß außer beim Salz bei keinem Nahrungsmittel eine solche Gleichheit des Broterzeugnisses ohne Unterschied des Standes herrsche, wollen wir uns nur an die beiden Diktum des der Vossischen Weisheit halten, den Welthandel und die Spekulation. Nun, der Weltmarkt existirt doch auch für die Sozialdemokratie. Freilich die Spekulation auf die Naharmachung des Mangels zu Gunsten des Profits der Spekulanten fiele fort, und an Stelle desselben träte die Fürsorge zur Beseitigung des Mangels. Es ist wohl nur noch die „Vossische Zeitung“, welche die Schulle der Wirtschaftswissenschaft heute noch vertritt, daß, wenn jeder Einzelne im Kreise mit Allen lebt, und alle Einzelnen darauf spekuliren, wie sie unbeschadet des Wohls aller Anderen oder der Gesamtheit möglichst viel Profit machen, sich eine Harmonie herausbildet, welche die beste Welt darstellt. Wir wollten eher noch an die heilige Dreieinigkeit glauben, als es begreiflich finden, daß die Summe der Epiphuben zusammen eine tugendhafte Gesellschaft ausmachen soll.

Hildorf und die übrige Welt sind wieder einmal gerettet! Herr Doktor M. hat durch sein entschiedenes Auftreten unseren Nachbarort davor bewahrt, daß er den so verderblichen sozialistischen Lehren Eingang gewähre und das ging so zu: Der Metallbrecher H. war vorüber genug, Abomment und eifriger

Leser des „Vorwärts“ zu sein. Dagegen konnte der Herr Lehrer nun Nichts haben, aber daß der Metallbrecher die älteren Exemplare des „Vorwärts“ benutzte, um darin das Frühstücksbrot seines siebenjährigen Jungen einzuwickeln, glug dem Herrn Lehrer über den Spieß. Er sahte einen großen Entschluß, nahm sich vor, den Staat von diesen bösen Sozialdemokraten zu befreien und — verbot dem Jungen bei einer Tracht ungebrannter Asche, jemals wieder das Frühstücksbrot einzuwickeln in den „Vorwärts“ mit zur Schule zu bringen! Vorläufig ist diese für das Wohl und Wehe Europas so brennende Frage noch ungelöst, weil die Eltern des Jungen die Ansicht vertreten, sie hätten das Recht, die Frühstücksbrot ihres Kindes in das Papier einzuwickeln, was sie eben zur Hand hätten. So schwebt die welterschütternde Frage noch heute, — es sollte uns herzlich leid thun, wenn das Ende des Hildorfes unseres siebenjährigen Hildorfes Märtyrers zu fühlen bekäme, mit welchen „geistigen Waffen“ in Hildorf die Sozialdemokratie bekämpft wird.

Die Wiedereröffnung des Othobahnhofs wird von vielen Bewohnern des Ostens und des Nordostens dringend gewünscht. Der Eisenbahnminister Thielens soll, wie der Stadtverordnete Krompf kürzlich in einer Hausbesitzer-Versammlung versicherte, diesen Gedanken nicht abgeneigt sein. Der Hausbesitzerverein im Osten Berlins hat infolge dessen beschlossen, bei dem Eisenbahn-Ministerium vorstellig zu werden.

Ein Diebstahl von Brillanten und Goldsachen beschließt, einer Polikollisionszufolge, die hiesige Kriminalpolizei. Eine Dame kaufte hier von den Gebrüder Friedländer ein werthvolles in Gold gefasstes Brillant-Rohler und ein mit Brillanten besetztes Armband. Jeder dieser Schmuckgegenstände lag in einem schwarzen Etui mit der Firma und beide zusammen waren mit einer Damenuhr mit goldener Kette, einem in Gold gefasteten Perlenhalsbande und einer mit Perlen besetzten goldenen Taschenuhr in einem grauen Leinwandkoffer verpackt worden. Auf einer Reise von Berlin über Bosen setzte die Eigentümerin den Koffer in dem Wartesaal zweiter Klasse in Bosen ab, wo der Koffer gestohlen wurde. Jetzt ist einem Brenner, Namens Karl Hoffmann, von einem angeblichen Wirthschafts-Inspektor Stadtmühl, welcher, nach Aussage Hoffmanns, eine beträchtliche Menge Uhren, Ringe und sonstigen Werthgegenstände bei sich führte, die vorhergehende Broche verkauft worden. Der Käufer erklärt, Stuhlgänge spreche getrocknet deutsch, und es besteht daher die Vermuthung, daß der Dieb zu den internationalen Brillantdieben gehöre. Ueber seinen Verbleib ist bisher nichts zu ermitteln gewesen.

In Sachen Ritche wehren sich die Räthsel immer noch. Die Mittheilung, daß der Nord verdrängt worden sei, ist auch schon vor der Ausübung an anderer Stelle, als im Lorenzischen Lokal zu Nothbit gemacht worden. Als nämlich die beiden Kellnerinnen aus dem Lokal von Weine, Holzmarktstraße 71, am Sonnabend, den 24. v. M., kurz nach Schluß des Geschäftes in der Holzmarktstraße auf die Pferdebahn warteten, trat ein junger Mensch an sie heran, welcher schon um 8 Uhr im Lokal gewesen war, mit der Mittheilung, daß soeben in der Holzmarktstraße ein Mädchen der Leib aufgeschlitzt worden sei. Die Mädchen fahren dann mit der Pferdebahn am Schleifbahnhofs vorbei und sahen, daß es gerade 12 Uhr war. Derselbe Mensch war am folgenden Tage zwischen 3 und 4 Uhr wieder im Lokal und auch am nächsten folgenden um 11 Uhr Vormittags und hat mit den Kellnerinnen und Gästen über die bei dem Morde vorgenommenen Manipulationen anscheinend mit Sachkenntnis gesprochen, auch erzählt, er sei Mediziner, aber die Wissenschaft nicht praktisch. Er nannte sich Baron v. Born und Sternberg, erzählte auch, daß er in London gewesen, auch in Whitechapel in der Nähe gewesen sei, als eine ebenso wie die Ritche ermordete Person gefunden wurde. Ein ihn verfolgender Polizei-Offizier habe ihm einen Stich in den rechten Vorderarm beigebracht — er zeigte auch die Narbe —, dann habe er in Kamerun ein Renkonte mit einem Schwarzen gehabt, wobei er einen Dolchhieb in das Genick erhalten. Bei allen diesen Dingen ist nur das Auffallende, daß die Morthat vor ihrer Ausführung schon mitgetheilt wurde. Born alias Sternberg ist wohl 25 Jahre alt, blond mit dunklen Augen und stehendem Blid, hellem Schnurrbart, aber ohne Leberzucker und mit einem blauen Jaquetanzug bekleidet. Sein Taschentuch trug eine Krone und ein Monogramm. Er sprach den Wiener Dialekt. Derjenige, welchen die unvorbereiteten Opernmann, Riess und Lemle gesprochen haben, soll nicht nach Art eines gebildeten Mannes gesprochen haben.

Zu der Ritche'schen Mordthat wird jetzt wieder, wie schon vor mehreren Tagen einmal, in einem Schreiben der Polizei an einige Zeitungen gefragt: „Was den Kommiss Schulze betrifft, so ist dessen Unschuld bisher noch nicht erwiesen.“ Ist man denn bei der Kriminalpolizei der Meinung, daß einem Angeklagten nicht seine Schuld zu beweisen ist, sondern daß er seine Unschuld zu erweisen hat? Seine Unschuld zu beweisen, ist auch der Unschuldige meistens gar nicht im Stande. Zwischen nichtbewiesener Unschuld und möglicher Schuld ist doch ein großer Unterschied (und ebenso wieder zwischen unbedingt und bedingt belastenden Momenten, was in dem weiteren Theile des Schreibens der Polizei auch unbedeutend gelassen ist).

Durch solche Anschauungen der Kriminalpolizei könnte allerdings der merkwürdige Vorschlag des „nahesten Polizeipraktikers“ der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“: Die Kriminalpolizei müsse unter einen juristisch gebildeten Beamten wie den Staatsanwalt gestellt werden, damit die Regel und Konvention ergriffen würden — eine Art von Begründung erfahren.

Mit knapper Noth sind vorgestern auf der Oberhavel fünf Personen dem Tode des Ertrinkens entgangen. Der Arbeiter Bauch hatte Nachmittags mit noch zwei Arbeitern und zwei Kindern eine Bootfahrt unternommen. Die Partie dehnte sich bis zur abendlichen Dunkelheit aus. Etwa um 6 Uhr war das Boot, auf welchem das Segel gespannt war, an der nördlichen Spitze des Eiswerders vorbeigekommen und segelte dem rechtsseitigen Ufer zu. Die Insassen erblickten in einiger Entfernung einen Dampfbohr, der ihre Fahrtkreise kreuzen mußte. In dem Bemühen, vor demselben vorbeizukommen, wurde ihr Boot von dem großen Fahrzeug in der Mitte getroffen und durchschlitten in zwei Stücke geschnitten. Die fünf Insassen waren in der schlimmsten Gefahr. Bauch ergriff mit großer Geistesgegenwart die beiden Kinder und hielt sich mit ihnen über Wasser. Auch die beiden Begleiter vermochten sich durch Schwimmen vor dem Untertinken zu bewahren. Auf die Hilfe der Bedrängten kamen ziemlich schnell mehrere Personen vom Ufer her mit Gondeln herbei, auch vom Dampfbohr wurden die Rettungsversuche unterstützt. So gelang es denn, alle fünf Personen in Sicherheit zu bringen.

Ein Unfall hat sich vorgestern auf der Nordbahn zugegetragen. Der um 6 Uhr früh von Berlin abgefertigte Personenzug befand sich gerade bei dem Dorfe Zbarow zwischen Neustrelitz und Neubrandenburg, als das Siederohr der Maschine platzte. Die Feuerungstube der Lokomotive wurde aufgesprengt, und der Feiler durch die herausschlagenden Flammen und durch das siedende Wasser erheblich verletzt. Der Verunglückte wurde im Karolinenstift zu Neustrelitz untergebracht.

Gerichts-Beitrag.

Ueber das Recht von Untersuchungs-Gefangenen auf schriftlichen Verkehr mit ihren Verteidigern hatte kürzlich der Strafsenat des Kammergerichts Gelegenheit, sich zu äußern. Einem Angeklagten, welcher wegen der Höhe der gegen

ihm erkannten Strafe in Haft genommen worden war, war generelle Erlaubnis zum Schreiben an seinen Verteidiger erteilt und ihm bedeutet worden, daß er jedesmal besonders im Schreibverlaufe eintreten müsse. Hierbei führte der Verteidiger Beschwerde, wurde aber von der Strafkammer mit der Begründung zurückgewiesen, daß nach § 78 des Gefängnis-Reglements seinem Untersuchungs-Gefangenen ohne Genehmigung des Richters Schreibmaterialien in die Gefängnisse verabfolgt werden dürften, in dieser Beziehung habe es einer Verfügung des Richters bedürfe. Das Kammergericht hat die hiergegen eingelegte Beschwerde für begründet erachtet. Wie aus den in den „Blättern für Rechtspflege“ veröffentlichten Erkenntnisgründen zu ersehen ist, hat das Kammergericht darauf hingewiesen, daß nach § 145 der Strafprozeß-Ordnung dem verhafteten Beschuldigten schriftlicher Verkehr mit dem Verteidiger gestattet ist und nur so lange als das Hauptverfahren nicht eröffnet ist, der Richter schriftliche Mittheilungen dafelben an den Verteidiger zurückweisen kann, falls deren Einsicht ihm nicht gestattet wird. Gegen einen Untersuchungs-Gefangenen greifen, sobald das Hauptverfahren eröffnet ist, die in Absatz 2 des § 145 der Strafprozeß-Ordnung beziehentlich die in § 78 des Gefängnis-Reglements enthaltenen allgemeinen Beschränkungen nicht mehr Platz, und der Untersuchungs-Gefangene bedarf in diesem Stadium des Untersuchungsverfahrens einer besonderen Erlaubnis des Richters, um an den Verteidiger zu schreiben, nicht mehr. Deshalb unterliegen die an den Verteidiger allein gerichteten und an letzteren adressirten Briefe der Einsicht des Richters bezug des Briefverkehrs der Untersuchungs-Gefangenen kontrollirenden Beamten nicht — falls nicht etwa besondere Umstände zu Tage treten sind, welche die Aufrechterhaltung von Beschränkungen zur Sicherung des Zwangs der Haft oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnisse erforderlich machen. — Das Kammergericht hat demnach die betr. Verfügung des Vorsitzenden der zweiten Strafkammer als ungeschickfertig aufgehoben und den ungehinderten schriftlichen Verkehr des Angeklagten mit seinem Verteidiger angeordnet.

Eigenthümliche Geschäftsverhältnisse kamen in einer Verhandlung wegen Begünstigung eines Gläubigers bezug wegen Beihilfe dazu zur Sprache, welche gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen die beiden Vätermeister Gebrüder Rudolf und Heinrich Opalle stattfand. Der erste Angeklagte befug bis zum 1. September 1899 eine Bäckerei in der Anklamstraße. Am 27. August 1899 bezug der Angeklagte 20 Zentner Mehl. Er tabelte die Beschaffenheit der Waare, worauf der Lieferant ihm am 29. August noch einmal dieselbe Menge Mehl zusandte, die der Angeklagte auch annahm, ohne die beanstandete Waare zurückzugeben. Am 1. September desselben Jahres, also zwei Tage darauf, verkaufte Opalle sein Geschäft für 500 Mark an ein Fräulein Palm. Opalle's Gläubiger hatten das Nachsehen und besonders der Mehllieferant wurde in Mitleidenschaft gezogen. Da der Angeklagte sofort eine neue Bäckerei eröffnete, so nahmen seine Gläubiger davon Anstoß gegen ihn vorzugehen und ließen sich auf einen Vergleich ein. Opalle versprach, durch monatliche Theilzahlungen innerhalb Jahresfrist seinen Verpflichtungen nachzukommen. Es war ihm vor Ablauf dieser Frist, Rudolf Opalle hatte nur zwei Zahlungen zu je 50 M. geleistet und er mußte gewärtig sein, daß demnächst gegen ihn zur Forderung geschritten werden würde. Jetzt wurde den Gläubigern eine neue unbillig-same Ueberraschung. Der Bruder des Schuldners, Heinrich Opalle, trat mit einer Forderung in Höhe von 1300 M. hervor, die er an seinen Bruder haben wollte. Daß diese Forderung eine unrechtmäßige gewesen, hat sich nicht nachweisen lassen. Heinrich Opalle berief sich auf einen schiedsmännlichen Vergleich, wonach er jeberzeit gegen seinen Bruder im Wege der Zwangs-vollstreckung vorgehen durfte, und von diesem Rechte machte er kurz vor dem 1. Oktober 1899 Gebrauch. Er ließ Alles plündern, für die übrigen Gläubiger blieb nichts. Als das Geschäft dann unter den Hammer kam, erstand Heinrich Opalle es für wenige hundert Mark und überließ es dann teilweise an die Ehefrau seines Bruders. Auf diese Weise sind alle übrigen Gläubiger leer ausgegangen. Der Staatsanwalt hielt das ganze Mandat der beiden Angeklagten für ein abgeklärtes Spiel, an die Gläubiger zu schädigen, bei der Gemeingefährlichkeit dieser Handlungswiese beantragte er gegen jeden Angeklagten sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof bezeichnete ebenfalls das ganze Verhalten der Angeklagten bei der Angelegenheit als ein schwindelhaftes und verurtheilte Rudolf Opalle zu vier, Heinrich Opalle zu zwei Monaten Gefängnis.

Ein eigenthümlicher Sachverhalt lag einer Klage wegen veruntreuten Betrages zu Grunde, welche gestern die sechste Strafkammer hiesigen Landgerichts I gegen den Kaufmann Heinrich Herz in der Kurstraße zu verhandeln hatte. Er war beschuldigt, Wechselkunden gegenüber, welche erschienen, um am Verfalltage einen Wechsel einzulösen, falsche Wechselstellungen gemacht zu haben, um einen kleinen Profit einzubringen. Wenn ein solcher Wechselkäufer erschien, soll der Angeklagte gewöhnlich gesagt haben, der Wechsel sei bereits bei dem Gerichtsvollzieher und müsse erst von einem Bekannten von dort geholt werden. Der betreffende Bekannte soll aber vorher schon instrukt worden sein, daß er nur bis zur nächsten Strafenocke gehen und dann den ihm vorher angestrichelten Wechsel mit dem Verkäufer zurück bringen sollte; der Wechsel sei von dem Gerichtsvollzieher zwar noch nicht protokolliert worden, es müßten jedoch 150 M. Spesen darauf. Der Angeklagte bestritt, solche Scheinmandate gemacht zu haben und behauptete, daß von Spesen nur dann die Rede gewesen sei, wenn solche thatsächlich entstanden seien. Die Beweisaufnahme vor dem Schöffengericht fiel zu Ungunsten des Angeklagten aus, denn die Behauptungen der Klage wurde bestätigt, insbesondere aber auch von einem Lehrling Dirschbach, der damals mit dem Prinzipale auf der Klagebank saß. Dirschbach selbst bestritt einen speziellen Fall, in welchem er selbst zu einem solchen Scheinmandate benutzt worden war. Er will sich dann geweiigert haben, weiterhin bei solchen Manipulationen mitgewirkt zu haben, der Angeklagte soll darüber anerkennendlich ungehalten gewesen sein. Dirschbach wußte den Zeitpunkt dieses Vorfalles nicht festzusetzen, konnte auch nicht angeben, ob die verlangten 150 M. von dem Wechselkäufer wirklich gezahlt worden sind. Das Schöffengericht beschränkte sich auf den Dirschbach'schen Fall, nahm in denselben den Betrag eines Betrages als vorliegend an und verurtheilte den Angeklagten zu 500 Mark Geldbuße eventuell 50 Tagen Gefängnis. Der Gerichtshof bekräftigte dabei den erwähnten Umstand, daß der Angeklagte als Prinzipal die ihm unterstellten Lehrlinge zu Unrechtmäßigkeiten angeleitet habe. Aus dem vom Angeklagten eingelegte Verfassung wurde die Beweisaufnahme gegen vor der sechsten Strafkammer noch einmal wiederholt, ohne wesentlich neue Momente zu bringen. Die übernommenen Verträge bekräfteten nur noch, daß die Zimmerräume des Angeklagten an die Lehrlinge, wiederholt Gegenstand empfindlicher Verwahrungen unter den letzteren gewesen sei. — Der Gerichtshof festsetzte und erkannte auf Verwerfung der Berufung.

Der Arbeitsinspektor des Stadtvogtei-Gefängnisses Friedr. Theod. Wandler, hatte gestern unter der Auflage der Unterschlagung im Amte vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen. Der Direktor der genannten Anstalt hatte im Anfange des vorigen Jahres angeordnet, daß das Einziehen der Gelder von den Arbeitgebern, welche in der Stadtvogtei arbeiten ließen, lediglich dem Bedienten überlassen bleiben sollte. Der Angeklagte besorgte diese Anordnung nicht streng, so kam vor, daß er trotz derselben Gelder in Empfang nahm und dieselben dem Bedienten abliefern, der ihn jedesmal auf das Vorschriftenwidrige dieses Verhaltens aufmerksam machte.

Soziale Uebersicht.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht folgenden Situationsbericht:

In dem Zustand der Beisitzer in Berlin ist eine Veränderung nicht eingetreten. Bei den Handschuhmachern ist die Zahl der Ausstehenden etwas geringer geworden, da ein Teil derselben anderweitig Stellung gefunden hat. Den Fabrikanten ist es bis jetzt noch nicht gelungen, andere Arbeitskräfte heranzuziehen. Einzelne vertriebene Arbeiter haben sich nach Kenntnisaufnahme der Sache den Streikenden angeschlossen.

In Dresden versuchte die Genossenschaft der selbständigen Metallschläger, den Arbeitern eine Lohnreduktion von 14 pSt. aufzubringen. Da der Lohn dieser Arbeiter aber nur 16 M. pro Woche beträgt, so konnten dieselben auf eine weitere Kürzung dieses lässlichen Verdienstes nicht eingehen. Infolge dessen legten 65 verheiratete und 85 ledige Arbeiter und 40 Arbeiterinnen am 28. Oktober die Arbeit nieder. Die Adresse des Streikkomitees ist: Paul Schmidt, Dresden, kleine Brüdergasse 17 I. (Self's Gasthaus.)

Die Weber in der Spinnfabrik Leipzig-Lindenau versuchten mit der Direktion eine Einigung herbeizuführen. Diese stellte nach langen Verhandlungen folgende Bedingungen: Sämtliche Arbeiter können wieder anfangen, wenn sie aus dem Zertifikatsverein austreten. Die Lohnreduktion ist seitens der Arbeiter anzuerkennen. Es sollte nur eine kleine Summe zugegeben werden, welche noch nicht die Hälfte der Lohnreduktion ausmache. Diese geradezu unannehmbaren Forderungen wiesen die Arbeiter zurück und der Zustand dauert unverändert fort. Unterstützung ist dringend geboten.

Die Maßnahmen der Mitglieder des Unterstützungsvereins der Buchdrucker führten dazu, daß der Kampf um den Neun-Stundentag, den die Gehilfen noch hinausschieben wollten, dennoch schon jetzt zum Ausbruch gekommen ist.

Die Buchdrucker vermögen eine so ausreichende Berichterstattung über ihre Lage durch die Tagespresse zu geben, daß unsere Leser hiervon Abstand genommen werden kann.

Der Kampf, welcher in Aussicht steht, ist einer der bedeutendsten in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Nicht nur die Zahl der beteiligten Kämpfer ist das imponierend, sondern vor allen Dingen der Zweck des Streikens, die Verkürzung der Arbeitszeit ist es, was für einen jeden Arbeiter, gleichviel welchem Beruf er angehört, von Bedeutung ist. Mit einer Einmütigkeit, wie sie nur eine so gute Organisation, wie die Buchdrucker sie haben, erzeugen kann, folgten die Kollegen der Aufforderung der Räumigung ihres Arbeitsverhältnisses. An vielen Stellen wurden die Forderungen unverzüglich bewilligt und läßt sich daher die Zahl der in den Ausstand Kommenden noch nicht übersehen. Jedenfalls aber zählen sie nach Tausenden.

Da außerdem auch die Hilfsarbeiter fast überall sich den Forderungen der Gehilfen angeschlossen haben, so werden ganz gewaltige finanzielle Opfer gebracht werden müssen. Wenn auch die Organisation der Buchdrucker für diesen Kampf gerüstet ist, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß auch die Hilfe der anderen Arbeiter in Anspruch genommen wird. Dann aber wird es notwendig sein, daß auch von unserer Seite einmütige Hilfe gebracht wird. Schon jetzt würde eine Unterstützung der Hilfsarbeiter sehr vorteilhaft sein.

Dieser Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit muß entschieden dahinstehend wirken und wird der glückliche Ausgang die Gewerkschaften zu neuem Schaffen anregen. Die Arbeitsverhältnisse sind zur Zeit keine günstigen, aber dennoch müssen wir, so schwer es auch Manchem werden mag, unseren kämpfenden Brüdern beistehen. Alle die Kämpfe, die wir jetzt durchzuführen haben, sie nehmen unseren Opfern wohl sehr in Anspruch, aber sie sollen und auch können und festigen, um und für die uns zufallende Aufgabe vorzubereiten.

Die Generalkommission.

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 15. bis 28. Okt. eingegangene Gelder:

Vom Eduard Mollenburg-Hamburg 23.—, H. F. Hamburg 8.—, Mühlenacker, Berlin 6,25, Vom Bau Befindendherg, Hamburg 8,10, Durch W. Peters, Bremerhaven 1,50, Stützungsfest der Schneider, Wandbeck 10.—, Ueberdruck vom Tabakarbeiter-Ausschuß 487.—, Gefangenenkollegia, Berlin 10.—, Eine arme Frau, Hamburg 1.—, Quartalsbeitrag des Verbandes deutscher Tischler 480.—, Quartalsbeitrag des Vereins der Näherinnen 141.—, Quartalsbeitrag von den Bildhauern Deutschlands 90.—

Für den Raiffonds ist noch folgender Betrag eingegangen:

Dresden, Metallarbeiter 5,20, H. Dammann, Kaffiser, Hamburg, Kollereus-Niederlage, Wilhelmstr. 18, 1 Ct.

Rom, 8. Novbr. Heute Vormittag ist hier ein Rutscherfreik ausgebrochen, dessen Ursache die Bewilligung neuer Tramwaylinien durch die Stadtgemeinde ist.

Die streikenden Glasarbeiter Frankreichs haben einen neuen Tarif ausgearbeitet, der dem Kongreß der Fabrikanten, der jetzt in Lyon tagt, vorgelegt wurde. In demselben sind folgende Forderungen enthalten: 10 pSt. Lohnerhöhung für die Glasbläser; Bezahlung der jungen Leute mit $\frac{1}{2}$ und der Knaben mit $\frac{1}{3}$ des Lohnes der Männer. — Der Gemeinderat von Paris hat den Antrag unserer Genossen Gallant, die Familien der durch den Streik betroffenen Glasarbeiter zu unterstützen, angenommen. 5000 Frs. sind dem Bürgermeister von Corman (Lyon) hierfür zur Verfügung gestellt.

Die Achtstundentage, mit deren Abfassung der parlamentarische Ausschuss des britischen Gewerkschafts-Kongresses beauftragt war, ist jetzt fertig gestellt. Diefelbe spricht den Grundsatze aus, daß jedes Gewerbe den Achtstundentag einführen darf, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Gewerkes in einer Stadt dafür sind. Nach dem Daily Telegraph hat sich der bekannte Arbeiterführer Tom Mann über den Achtstundentag folgendermaßen ausgesprochen:

Wenn man zugiebt, daß die Arbeitszeit herabgesetzt werden soll, so entsteht die Frage, wie der Grundtag durchgeführt werden kann. Die Meisten werden natürlich sagen: „Es gibt uns eine internationale Maximal-Arbeitszeit für alle Gewerke und alle Länder haben.“ Diese würde sehr einfach und wirksam sein. Aber in unserer Generation wird es wahrscheinlich nicht dazu kommen, und so lange zu warten, wäre kaum wünschenswert. Deshalb müssen wir mit einigen Ländern anfangen, und zwar mit solchen, welche sich auf derselben Stufe industrieller Entwicklung befinden. Dahin würden wahrscheinlich die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Belgien und die Schweiz gehören. Wenn man sich aber die Verhältnisse dieser Länder näher ansieht, wird man bald zu der Ueberzeugung gelangen, den Bereich weiter einzuschränken. Einige von diesen Ländern sind dem Achtstundentag näher, als andere; am nächsten England und Amerika. Die englischen Arbeiter wären es kaum für notwendig erachtet, zu warten, bis ein anderes Land auch mitmacht, und deshalb wird die Frage bald eine nationale werden. Aber selbst dann fragt es sich, wie viele Gewerke den Achtstundentag bekommen sollen, alle oder nur einige. Die Mehrzahl der Arbeiter ist geneigt, diese Frage nur nach Nützlichkeitserwägungen zu entscheiden. In einigen Gegenden und Gewerken wird schon jetzt nur acht Stunden oder gar weniger gearbeitet, während in anderen zwölf Stunden die Regel sind. Einige Gewerke sind gesundheitsschädlicher als andere, wie z. B. die chemische Industrie. Die Sache ist dring-

lich. Dennoch wollen die Arbeiter warten, bis ein Befehl über das ganze Land segnen kann, wenn dadurch größere Vorteile erlangt werden können.

Versammlungen.

Die drei Filialen des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen Deutschlands hielten am 22. Oktober eine kombinierte Versammlung ab. In derselben machte der Vorsitzende bekannt, daß in Zukunft die „Graphische Presse“ für diejenigen, welche dieselbe nicht abholen, nur noch ein Vierteljahr lang aufbewahrt würde. Dann hielt Herr Kantorowicz einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Abstammung des Menschen nach Darwin. Eine Diskussion fand nicht statt. Auf Antrag des Kollegen Friedewald beschloß man hierauf, am 28. November ein Winterfest zu veranstalten. Der eventuelle Ueberschuß soll auf Antrag des Kollegen Meißa denjenigen Kollegen, welche vierzehn Tage vor Weihnachten arbeitslos sind und bis Ende Oktober ihre Beiträge bezahlt haben, zu Gute kommen. In Anbetracht des guten Zweckes hoffte der Antragsteller, daß sich die Kollegen einer möglichst schnellen Abrechnung befleißigen würden. In das Verwaltungskomitee wurden gewählt: Wisch, Geut, Weißbrock, Steinhardt, Hund, Lehmann, Bobach, Meyer, Lithograph Hildebrandt, Steindrucker Hildebrandt, Graus und Kose. Unter Vorsitz des Kollegen Geut auf den in der „Graphischen Presse“ veröffentlichten Artikel „Arbeitslosen-Unterstützung“ hin und beantragte folgende Resolution: „Die heute im Feuerstreichischen Lokale tagende Versammlung der Filialen Berlin des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffenen Deutschlands wünscht auf Grund des Artikels in Nr. 28 der „Graph. Presse“ eine lebhafte Diskussion des betreffenden Artikels, um Material zu sammeln, die Arbeitslosen-Unterstützung in möglichst vollkommener Weise in die Zentralisation einzuführen und das Material dem nächsten Kongreß zu überweisen.“ Die Resolution fand Annahme; ebenso eine Anregung des Kollegen Hildebrandt, den Redakteur der „Graphischen Presse“, Herrn Müller, zu ersuchen, für die Folge mehr Original-Artikel zu liefern. Kollege Friedewald beantragte dann, im nächsten Monat die Filial-Versammlung ausfallen zu lassen, und dafür eine außerordentliche kombinierte General-Versammlung abzuhalten. Die Versammlung erklärte sich dafür. Der Antrag des Kollegen Hildebrandt, der Streik-Kontrollkommission 75 M. und zwar seitens der Lithographen 35 M., seitens der Steindrucker ebensoviel und seitens der Berufsgeoffenen 5 M. zu überweisen, wurde gleichfalls angenommen.

Kollege Leuschner lud dann die Kollegen ein, an der am 8. November er stattfindenden Herrenpartie nach Köpenick resp. Friedrichshagen recht zahlreich teilzunehmen. Auf die Anfrage des Kollegen Fisch: Die verhalten sich die Steindrucker zu der Bewegung der Buchdrucker? gab die Versammlung der Meinung Ausdruck, es sei unmöglich, daß die Steindrucker in ganz Deutschland mit den Buchdruckern Hand in Hand gehen können, da uns keine Geldmittel zur Verfügung stehen. Sollte jedoch an die Steindrucker mit der Zustimmung, an den Buchdruckmaschinen zu arbeiten, heranzutreten werden, so sei es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erklären, daß er da nicht arbeiten werde, wo andere hinausgegangen sind. Im Uebrigen würden wir die Buchdrucker moralisch und materiell unterstützen. Auf Anfrage erklärte Kollege Sillier, daß die vertraulichen Besprechungen aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter hauptsächlich an der Weigerung der Buchdrucker gescheitert seien. Kollege Fisch ersucht hauptsächlich die Lithographen sich bei Arbeitslosigkeit an den Arbeitsnachweis zu wenden, da die eingegangenen Stellen häufig nicht besetzt werden können.

Der Fachverein der Tapetier Berlins hielt am 28. Oktober seine ordentliche, sehr stark besuchte Generalversammlung ab. Wie aus dem Bericht des Vorsitzenden, Kollegen Freiwald, zu entnehmen war, haben im Laufe dieses Jahres 30 Versammlungen mit 20 Vorträgen und 4 Generalversammlungen stattgefunden. Die Mitgliederzahl ist bei Eintritt des jetzigen Vorstandes nach Streichung aller mit ihren Beiträgen in Rückstand befindlichen Mitglieder kaum 100 gewesen, der jetzige Bestand der Mitglieder beläuft sich dagegen auf circa 500. Obgleich das Resultat nicht das schlechteste sei, meint Redner, habe es den Erwartungen des Vorstandes noch nicht genügt. Der Vorstand müsse von jedem Mitgliede in halbjähriger Weise unterrichtet werden, dann könne der Verein auch vorwärts kommen und auf merkliche Erfolge rechnen. Redner fährt noch die Vortheile an, welche der Verein jedem Mitgliede bietet, als da sind: Klärung durch wissenschaftliche und gewerkschaftliche Vorträge in den Versammlungen unentgeltliche Benutzung einer lehrreichen Bibliothek, unentgeltlicher Rechtschutz bei Lohnstreitigkeiten und unentgeltlicher Besuch der Fachschule. Der Unterstützungsfonds habe jetzt die Höhe von 1000 M. überschritten, so daß Mitglieder, welche durch längere Arbeitslosigkeit in Roth gerieten, nunmehr eine kleine Unterstützung erhalten könnten. Hierauf gab der Kassierer Kollege Zielinski seinen Bericht:

Vom Monat Juli: Einnahme 187,48 M., Ausgabe 4,10 M., Bestand 183,38 M.
Im Monat August: Einnahme 300,45 M., Ausgabe 54,90 M., Bestand 248,55 M.
Im Monat September: Einnahme 395,75 M., Ausgabe 218,50 M., Bestand 177,25 M.

Da die Billets vom Stiftungsfest noch nicht sämtlich eingegangen, so kann die Abrechnung hierüber erst in nächster Versammlung stattfinden. Die Revisionen Kollegen Hartig und Himmelfarb erklärten, die Kasse revidiert und richtig gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Beifall erteilt wurde. Aus dem Bericht des Bibliothekars ist folgendes zu entnehmen. Vom Oktober 1890 bis Oktober 1891 wurden von 102 Kollegen 308 Bände gelesen. Der Bestand der Bände beläuft sich jetzt auf 92.

Hierauf berichtete Kollege Friedewald über den Bestand des Unterstützungsfonds:

Kassenbestand vom 20. Juli 1891 979,55 M. Vom 20. Juli bis 20. Oktober wurden verkauft 13 Marken à 50 Pf. = 6,50 M., 270 Marken à 20 Pf. = 54 M., 340 Marken à 10 Pf. = 34 M., Bestand am 20. Oktober 1891 1074,05 M. Hierauf erfolgte die Wahl des arbeitslosen Vorstandes. Aus derselben gingen hervor als erster Vorsitzender Feder, zweiter Vorsitzender Wieser, erster Kassierer Feder, zweiter Kassierer Goldmann, erster Schriftführer Zos, zweiter Schriftführer Kall, als Bibliothekar Meißner, als Revisoren Freimath und Junghans. Weiter des Antrags Schwanz, welcher Aufhebung der jetzigen Vertretungs-Kontrollkommission und Wahl einer Agitationskommission durch eine öffentliche Versammlung wünscht, wurde beschlossen, diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung, einer außerordentlichen Generalversammlung, zu setzen. Nach Erledigung vorerwähnter Fragen wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Hauptverein geschlossen.

Der Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend hielt am 18. Oktober in den Kaminhallen seine monatliche Versammlung ab. Aus dem Bericht der Häuser-Kommission ging hervor, daß dieselbe die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung kranker Bundesmitglieder vorschlägt. Nach längerer Debatte, in welcher hauptsächlich die Undurchführbarkeit dieser Einrichtung hervorgehoben wurde, wurde der Vorschlag abgelehnt und die Kommission beauftragt, über die Einrichtung einer Bibliothek oder sonst eines von den Bundesmitgliedern zu schaffenden Einrichtung zu berathen. Die Rechtschaff-Kommission brachte Herrn Rechtsanwalt Wolfgang Meint in Vorschlag un-

Am 28. Juli erfaß der Rentant aus den Büchern, daß noch verschiedene Posten, welche fällig waren, offen standen, er hielt diesbezüglich bei dem Angeklagten Anfrage und empfing zunächst die Antwort, daß die Posten noch nicht eingegangen seien. Nach kurzer Zeit meldete Bänder aber aus freien Stücken, daß er die Gelder im Gesamtbetrage von 500 M. eingezogen und hinter sich behalten habe. Dem Polizeikommissar Lorenz gab der Angeklagte das gleiche Geständnis ab, mit der Bitte, ihm die Erklärung, was er mit dem Gelde gemacht, zu erlassen. Er hat dann so viel aus seiner Tasche gedeckt, wie er bei sich führte, hat sich bei einem in der Nähe wohnenden Kaufmann 500 M. geborgt und dann den ganzen Hehlbetrag ausgegeben, so daß irgend ein Schaden nicht entstanden ist. Im Verhandlungstermine widerrief der Angeklagte sein früheres Geständnis. Wichtig sei, daß er das Geld nicht gleich abgeliefert habe, aber es sei ihm nie der Gedanke gekommen, es in seinem Nutzen zu verwenden. In seiner Abrechnung hätte sich ein Fehler eingeschlichen und erst nach der Entdeckung der Ursache desselben habe er das Geld abliefen wollen, um nicht später Veränderungen in den Büchern vornehmen zu müssen. Sein erstes Verlangen, die Gelder eingezogen zu haben, sei auf das Bewußtsein zurückzuführen, daß er sich durch Annahme derselben gegen das Verbot des Direktors vergangen. Er habe hinreichend Mittel im Hause gehabt, um den Betrag seinen Augenblick abführen zu können, die geliehenen 500 Mark habe er schon am folgenden Tage zurückgegeben. Am 1. Juli habe er erst sein Vierteljahr-Geld bekommen und davon mehrere hundert Mark nach der Erwartung getragen. Die letzteren Angaben erwiesen sich als wahr. Der Staatsanwalt hielt das von dem Angeklagten zurück abgelegte Geständnis für ausschlaggebend und die späteren Entschuldigungsgründe nicht für haltbar. Er beantragte die Verurteilung des Angeklagten mit sechs Monaten Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Steinhaender, hielt das Verhalten des Angeklagten zwar für unvorsichtig und inkorrekt, aber nicht für strafbar, weshalb er um Freisprechung bat. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten für schuldig und verurteilte denselben zu drei Monaten Gefängnis.

Buchdrucker-Bewegung.

Eine gute Handlung ist dem Buchdruckerbesitzer Maß und Maß in Maaße nachzuräumen. Derselbe läßt folgendes veröffentlichen:

„Ein guter Rath in erster Zeit an meine Herren Kollegen!“

Wer ein Freund des Friedens, wer ein Menschenfreund ist und dem Grundsatze „Leben und Leben lassen“ huldigt, der beweist es dadurch, daß er der gerechten Forderung unserer Gehilfen keine Schwierigkeiten bereitet, sondern die Hand zur Veröhnung und zum Ausgleich bietet. Warum sollen wir uns selbst gefährden? Bedenken wir doch, wie groß der Schaden für uns in Zukunft werden kann, wenn wir durch unseren Eigensinn unsere Arbeiter erbittern und zur Vergeltung reizen! Gebt Frieden, damit auch Frieden werde! Umgeben wir uns mit unseren Arbeitern, damit wir an ihnen wieder treue Mitarbeiter haben, welche dazu beitragen, unser Gewerbe vor jedem Anmarsche der Schmutzkonkurrenz zu bewahren und beraten wir uns mit ihnen, wie wir es anfangen sollen, damit jedem Theile sein Recht werde. Genehmigen wir den neunständigen Arbeitstag und steigern wir den Gehalt mit einem jährlichen kleinen Prozentsatze, wie es seitens eines Gehilfen oder Faktors vorgeschlagen wurde, steigern wir aber auch in gleicher Weise mit unsern Truppreisen das Publikum, damit wir die Juche nicht allein bezahlen müssen. Ein Kartell gegen „die Schmutzkonkurrenz“, aber nicht gegen unsere Gehilfen, das sei unsere Leistung!

Den Abonnenten von Zeitungen möchten wir rathen, sich es nicht gefallen zu lassen, wenn ihnen während des Buchdruckerstreiks ihr Blatt nicht in der üblichen Weise geliefert wird. Unter Berufung darauf, daß die Druckereibetriebe für ihre streikenden Personale keinen Ersatz bekommen können, bieten nämlich Herausgeber namentlich kleinerer Blätter ihren Abonnenten nicht mehr Zeitungen, sondern geradezu Wische an, jedenfalls in dem Glauben, daß man sich mit dem Publikum alles erlauben könne. So liegt z. B. Nr. 11 des Geschäfts- und Anzeigensblattes „Groß-Berlin“ vor, welches auf zwei Seiten „Klein-Post“, in Kurzerfrist ein paar Notizen und einige Inserate (seiner gleichfalls geschrieben) enthält und auf autographischem Wege vervielfältigt ist. Sonst erscheint das Blatt in vierseitigem Format. Ob der ingenuus Verleger und Redakteur auch mit dem Abonnementspreis so herumergangen ist, wie mit der Qualität seines Blattes, ist eine Frage, welche hoffentlich die Abonnenten gebührend erledigen werden.

Der „Bund“ der Berliner Buchdruckerbesitzer beschloß nach Mittheilungen der „Volk-Zeitung“: Enthaltung von jeder geschäftlichen Agitation, Zurückweisung von Arbeiten, welche in einer anderen Bundesdruckerei angefangen oder sonst hergestellt wurden, Ablehnung von neuen Kunden etc. Der Vorsitzende Bürgstein befürchtete schon selber, daß der Streik wahrscheinlich nicht zwei, sondern vier Wochen dauern werde, auch jedem einzelnen Prinzipal Verluste in Aussicht ständen. Den Streikbrechern solle man „dauernde“ Kondition garantieren. Die Versammlung beschloß noch, daß jeder Prinzipal die bei ihm funktionierenden Streikbrecher veranlassen solle, seine Mitgliedsbeiträge zum Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker weiter zu zahlen; falls dieselben vom Vorstand damit abgewiesen würden, sollen die Streikbrecher auf Kosten des Bundes Moge aufbewahren. Der Vorsitzende gab noch den Urakten, bei jedem Streik wieder ausstehenden Plan der Prinzipale zum Besten, wonach nach „Verwältigung“ des Streiks für die Streikbrecher Postfassen errichtet werden sollen. Die Herren verkaufen also schon das Hehl, bevor sie den Bären haben. Alsger würden sie nun, die Gehilfenforderungen zu bewilligen. Die Verluste, welche ein Streik für die Unternehmer bedeuten im Vergleich mit kleineren Buchdruckereien schärfer ins Auge zu fassen allen Anlaß haben.

Ueber den weiteren Fortgang des Buchdruckerstreiks in Berlin wird uns mitgeteilt, daß die Zeitungen „Neue Freie Presse“ und das „Volk“, deren Personale in Uebereinstimmung mit dem Streik entlassen wurden, nur noch in minimaler Weise erscheinen. Bewilligt haben am gestrigen Tage: Julius Strienfeld mit 19 Gehilfen, Poms Vorchardt mit 5 (sowie 2 Buchbindern und 2 Steindruckern). Eine Einigung fand statt bei der „National-Zeitung“ mit 62, „Volk-Zeitung“ mit 27 und „Post-Zeitung“ mit 77 Gehilfen, so daß nunmehr in 48 Firmen mit 613 Gehilfen die Arbeitszeit für die Gehilfen gänzlich im Sinne entschieden ist. In den nächsten Tagen stehen weitere Bewilligungen zu erwarten, da der Zug von Streikbrechern sehr gering und der Zusammenhang unter der Berliner Kollegenchaft ein ausgeprägter ist. In einer Druckerei werden die zugereichten Nicht-Mitglieder wieder aufgeführt, weil die Besprechungen, welche man ihnen gemacht hatte, nicht erfüllt worden sind. Die Streikbrecher müssen übrigens einen Revers unterschreiben, in welchem unter anderem auch eine Konventionalstrafe von 50 M. für die Nichterfüllung gewisser Verbindlichkeiten vorgeschrieben ist.

Verhandlungen.

Die öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei für Köpenick, Adlershof, Glienicke und Umgebung, die am 30. Oktober in Adlershof (Lokal Weimann und Manoski) behufs Entgegennahme des Berichtes der Delegierten zum Erfurter Parteitag abgehalten wurde, war von etwa 600 Teilnehmern, Männern und Frauen, besucht. Den Bericht erstattete Mielenz (Johannisthal), welcher ein anschauliches Bild von den Verhandlungen des Parteitages entwarf, dem Grundgedanke, die Opposition nicht in Schutz nehmen und nur legen zu wollen, wie es war, aber zu kritisieren, was ihm nicht gefalle, noch Möglichkeit trenn bleibend und in anerkennend-würdiger Weise Objektivität bewahrend. Weder war der Meinung, daß von beiden Seiten gesündigt worden sei. Er hielt es für verfehlt, eine junge aufsteigende Meinung zu unterdrücken, und glaubte nicht, daß durch die Opposition die Partei geschädigt werde. Die Köpfe würden sich dadurch nur klären. Redner erklärte, auf dem Boden des Parteiprogramms zu stehen, ebenso auf dem Boden der Bebel'schen Resolution. Doch beklagte er sich, daß er und Ungerling-Köpenick als Oppositionsanhänger mit verantwortlich gemacht worden wären für die Handlungen Berner's und Genossen.

Fischer-Berlin erklärte die Meinung Mielenz', daß er (F.) zur „Opposition“ gehöre, für eine irrthümliche. Dann müßte Jeder, der eine abweichende Meinung habe, zur Opposition gerechnet werden. Die Vorwürfe, die er, Fischer, auf dem Parteitag gegen die Opposition erhoben, seien nur gegen die Hauptelemente der „Berliner Opposition“ gerichtet gewesen. Sein scharfes Vorgehen gegen diese rechtfertigte Redner in längeren Darlegungen, in denen er das Wirken jener kennzeichnete. Auf einen großen Klöß gehöre ein großer Keil. Der Parteivorstand habe wohl gewußt, was er that, als er die Broschüre verfaßte. Er hatte vorausgesehen, daß die Herren Berner und Wildberger am Parteitag in Erfurt die in Berlin erhobenen Beschuldigungen nicht vorbringen werden. (Bravo.) Der Parteivorstand habe keine Anklage erhoben, sondern nur die gegen ihn erhobenen Anklagen zusammengefaßt. (Zustimmung.) In der Partei habe ein Jeder das Recht der freien Meinungsäußerung, aber nicht das Recht, solche Unterstellungen zu machen, mit Verleumdungen und Verdächtigungen zu haften. Dieses jämmerliche Verhalten Berner's und Wildberger's habe er feige genannt. (Bravo.) Dies Wort sei zwar scharf, aber nicht ungerecht. (Nicht scharf genug.) Mielenz befände sich durchaus im Irrthum, wenn er glaube, der Parteitag sei von vornherein bestimmt gewesen, tabula rasa zu machen, die oppositionelle Meinung zu unterdrücken. Die Opposition sei von den Gegnern auf dem Boden in unheilvollster Weise ausgenutzt worden. Darum sei die Parole gewesen: beweisen oder widerrufen oder — hinaus. (Zustimmung.) Nur das Letztere sei übrig geblieben. Im Gegentheil zur Berliner Opposition führte er v. Vollmar an, zog eine Parallele zwischen beiden und führte der ersteren den letzteren als Beispiel vor. So müsse ein Parteigenosse handeln. (Beifall.)

Sahn (Berlin) kennzeichnete gleichfalls die Herren Berner, Wildberger und Kuerbach und gab die Versicherung ab, daß man in Berlin mit der Opposition schon fertig werden würde. Anders sei es aber auf dem Lande. Darum sei es hier um so dringender geboten, deren Machinationen entgegen zu wirken.

Kurz nach den Delegierten Mielenz und Ungerling einigermaßen selbst die Schuld bei, wenn sie mit unter den Angriffen auf die Opposition zu leiden hätten. Von den Gegnern sei die Wahl in Rixdorf, woselbst „drei Oppositionelle“ gewählt worden seien, als eine Niederlage Bebel's bezeichnet worden. Hätten sie den falschen Schein von sich abwerfen wollen, so hätten sie dies vor dem Parteitage thun sollen und gekonnt durch eine Erklärung im „Vorwärts“. Es komme ihm vor, als ob Mielenz etwas außerhalb der großen politischen Bewegung stehe, nicht den weiten und richtigen Ueberblick habe und infolge dessen eine nicht ganz richtige Auffassung mancher Dinge. Auch er rechtfertigte sowohl sein persönliches, wie das Vorgehen gegen die Opposition im Allgemeinen. An der Ehrenhaftigkeit der Männer, die während der Dauer des Sozialistengesetzes das bedeutende Parteivermögen, die Arbeiterroschen, ohne jedwede Kontrolle zu verwalten hätten, dürfe auch nicht der leiseste Mangel haften. (Großer Beifall.) Sie wären der Verrentenstellung, welche sie einnehmen, nicht würdig, wenn sie sich nicht gegen die infamen Angriffe der Opposition gewehrt hätten. (Bravo.) Wenn Berner ein wahrer Parteigenosse gewesen wäre, so hätte er vor dem Parteitage erklären müssen, daß er mit all den Schmähungen, Verdächtigungen und Verleumdungen der Opposition nichts zu schaffen habe. So hätte ein ehrlicher Keel gehandelt. (Beifall.) Der Parteivorstand wäre wohl in der Lage gewesen, der „Vollmar-Tribüne“, der Berner'schen Truderei Schwierigkeiten zu bereiten, nicht dergleichen sei aber geschehen. Berner sei jederzeit ein Vagabund in der Partei freigelassen worden. Er habe aber bewiesen, daß er in eine demokratische Partei nicht gehöre. Berner habe in Rixdorf erklärt, daß er keine Parteigenosse sei. Berner habe die Verleumdungen vollkammert. Berner sei kein Anarchist, auch kein Raskal, nur ein Wirrkopf, der nicht wisse, was er wolle. Sein individualistisches Dreck hätte er schon vor Jahren entdecken sollen. Die Affäre Berner sei für die Genossen des Wahlkreises Teltow-Storkow-Beeskow gewiß unangenehm. Die Partei werde darunter aber nicht leiden. Der Parteivorstand im Grunde mit den Genossen des Kreises werden das Uebrige thun, damit bei der nächsten Reichstagswahl dieser Wahlkreis der Sozialdemokratie zufalle. (Lauter Beifall.)

Rose fand es bezeichnend, daß, da drei Anhänger der Opposition als Delegierte gewählt worden seien, der Glaube entstanden sei, daß die Opposition im Kreise groß sei. Dem sei aber nicht so. Der größte Theil der Genossen stehe zur Fraktion. Mielenz und Ungerling seien nur von Berner beeinflusst gewesen und wären mit ihm durch Dick und Dünn gegangen, ohne sich selber klar gewesen zu sein. (Widerspruch.)

Nach längerer Debatte gelangte mit allem gegen ein paar Stimmen folgende Resolution zur Annahme:

Die heute, den 30. Oktober, tagende sozialdemokratische Parteiversammlung für Köpenick, Adlershof und Glienicke erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden und verspricht mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft, für die Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms einzutreten. Sie spricht ferner ihre Befriedigung aus über das Vorgehen des Parteitages gegenüber der Opposition und spricht der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion ihr volles Vertrauen aus.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Vertrauensmännerwahl erwählten die Vertrauensmänner Bericht über die Ein- und Ausgabe während des verflossenen Jahres.

Zum Vertrauensmann für Köpenick wurde Albert Günsler, für Adlershof Oskar Partels und für Glienicke Gieseler gewählt. Dann schloß der Vorsitzende Genosse Böckert mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratische Partei die Versammlung.

Friedrichshagen. In der öffentlichen Volksversammlung, welche am 31. vor. Mitt. stattfand, berichtete der Delegierte Reid über seine Thätigkeit auf dem Erfurter

Parteitage. Die Versammlung war von etwa 250 Personen besucht, worunter viele Frauen. Nachdem der Referent den Rechnungsbericht des Parteivorstandes erörtert und dabei betont hatte, daß dem Vorstand einstimmig Beifall erteilt worden, kam er auf die Opposition zu sprechen, bedauernd, daß man von „beiden Seiten“ mit persönlichen Beschäftigungen vorgegangen sei. Dem Vorstand könne der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sein Vorgehen zur Verschärfung der Gegenseite mit beigetragen zu haben. Der Parlamentarismus solle nur Mittel zum Zweck sein, nach Vollmar würden aber schließlich die Endziele ganz vergessen. (Rufe: Oho!)

Für die Resolution Bebel habe er gestimmt. Das Programm sei zu tiefmütterlich behandelt worden, indem es nicht einmal einer Generaldebatte unterzogen, sondern nur in einer Kommission verhandelt worden sei. Von den Anträgen sei ein großer Theil abgelehnt worden. Aber habe den Staatsanwaltschaften eingeschlagen, Widerrufen oder hinaus aus der Partei, habe es gegeben. (Recht so! Sehr traurig!) Für den Ausschluß Berner's und Wildberger's habe er nicht gestimmt. Redner schließt mit der Hoffnung, daß man nun alle Geschäfte unterlassen und lieber daran mitarbeiten möge, daß das Ziel, was wir uns gesetzt, verwirklicht wird.

In der Diskussion nahm zunächst Leoschardt das Wort, welcher seine Verwunderung darüber aussprach, daß Reid sich auf einmal als Oppositionsmann entpuppte. Berner und Wildberger hätten Beweise erbringen sollen für ihre Aufschuldigungen, das hätten sie nicht vermocht, sondern sich statt dessen der Verantwortung entzogen. Nicht wegen sachlicher Opposition, sondern wegen Beschuldigungen, die sie weder beweisen konnten noch widerlegen wollten, seien sie ausgeschlossen worden.

Sarnitzky stimmt mit Reid überein; er sei nur Opponent aus sachlichen Gründen. Die Partei gehe nicht zu Grunde, wenn zwei Menschen eine abweichende Ansicht hätten. Berner sei eine tüchtige agitatorische Kraft, er habe vielleicht unüberlegte Aeußerungen gethan. 35 Abgeordnete seien nicht nötig, da die reaktionären Parteien sich doch nicht überzeugen ließen, sollte die Mehrzahl derselben lieber aus Land agitieren gehen. Hätte der Parteitag konsequent handeln wollen, so hätte auch Kuerbach, der seine Pflichten als Delegierter auf dem Brüsseler Kongreß mißbraucht, indem er für bürgerliche Blätter schrieb, ausgeschlossen werden müssen. Der Kritik dürften keine Schranken gezogen sein; das Flugblatt vermöre auch er.

Le Debour erklärt: Im Wesentlichen sind wir alle mit dem bisherigen Takt der Fraktion einverstanden, ebenfalls mit dem Programm. Die Vordrucker wünschen nur 2-4 Vertreter im Parlament, das ist aber nicht angängig. Wer eine agitatorische Thätigkeit entfalten will, muß fast nie in Parlament anwesend sein, um der herrschenden Klasse bei Gelegenheit entgegen rufen zu können: Hier habt Ihr wieder ein Recht verlor. Einzelne können nicht Alles thun, jeder muß ein besonderes Gebiet beherrschen. Bezüglich der Rechtmäßigkeit des Ausschusses von Berner und Wildberger enthält sich Redner des Urtheils, bemerkt jedoch, es sei Alles zu vermeiden, was dazu angethan, die freie Meinungsäußerung einzudämmen. Unser ganzes öffentliches Leben franke an der Beleidigungssucht. Diese sei jetzt auch in die Partei getragen. Der Ausschluß bedeute eine Strafe für ein hingeschleudertes Wort, dessen Tragweite in der Hitze nicht erwägen worden sei. Die Folge werde sein ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit. Auf einen Punkt drängten wir schließlich alle hin.

Stadtthagen wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Vordrucker. Es sei falsch zu behaupten, die Opposition sei wegen ihrer Meinungsverschiedenheiten ausgeschlossen worden. Auch die Auffassung Le Debour's von Beleidigungen sei falsch. Gerade der Arbeiter besitze nichts, als seine Ehre und die müsse er wahren; noch vielmehr habe die Parteiliste zu verteidigen. In dem Flugblatt seien Verleumdungen gemeinster Art enthalten, die uns bei der Agitation in der Provinz ungemein geschadet hätten. Die Partei sei keine Glaubensgemeinschaft, sondern ein Heer, in welchem sich der Einzelne der Gesamtheit unterordnen müsse. Wenn behauptet werde, die Fraktion schwänke allmählich ein nach rechts, versumpfe, halte jämmerliche Reden, dann sei es nicht zu verwundern, wenn die Leitung verlange: Beweise oder Widerrufen! — Giner, der nach ruhigen Ueberlegen sagt, er stehe auf dem Boden des Flugblatts, mit dem sei ein Weiterarbeiten nicht mehr möglich. Wildberger habe die Fraktion der Nachsichtigkeit geziehen, aber nicht den Muth gehabt, die Namen zu nennen. Mit dem Augenblick, wo die Betreffenden den Parteitag verlassen, war es unmöglich, für sie einzutreten. Durch theilweises Verlesen seiner Rede bezüglich der Delegierten Fischer weiß Stadtthagen noch, daß er damit durchaus nicht Staatssozialismus getrieben habe. Wenn wir nur Debattirklubs bilden wollten, könnten wir unsere Ziele niemals verwirklichen. Man gebe übrigens dem Abgeordneten nicht das Mantel, damit sie dasselbe nicht ausüben. Redner weist dann auf einige Mängel hin, die im Programm noch vorhanden seien.

Jastrau meint, die Opposition sei künstlich aufgebaut, im „Vorwärts“ täglich Stimmung gegen dieselbe gemacht worden. Man habe ein abschreckendes Beispiel geben wollen. Bebel's Rede habe im Ausland sehr geschadet. Leoschardt tritt dem entgegen. Bebel habe sich nur gegen den Zarismus gewendet, nicht gegen das russische Volk. Martens: Die Meinungs-freiheit werde unterdrückt; man müsse erst Bebel und Genossen fragen, wie weit man zu gehen habe. Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird abgelehnt, ebenso der Antrag, die Redezeit auf 5 Minuten zu beschränken.

Hartmann wiederholt im Allgemeinen schon Dagewesenes. Er verliest einige Stellen aus Bebel's Broschüre über Parlamentarismus, sowie einen Artikel aus dem „Vorwärts“, welcher beweisen soll, daß die Opposition schon vor dem Zusammenritt des Parteitages gerichtet gewesen sei. Vollmar habe man ganz anders behandelt, dem habe Bebel goldene Bräuen geant.

Kampfmeyer ergeht sich in scharfen Ausfällen gegen Stadtthagen, wie überhaupt die Fraktion, bringt die Fälle Baginski und Heine zur Sprache, welche letzterer 1887 für die kaiserliche Volkspost eingetreten sei.

Stadtthagen stellt zunächst den Fall Baginski-Hiesler klar. Das Mißverständnis, daß die Opposition ausgeschlossen sei wegen ihrer Meinung, werde immer wieder hineingeworfen, man wolle Berner und Wildberger zu Märtyrern stampfen. Der Fall Heine sei 2-3 Stunden lang verhandelt worden. Der „Vorwärts“ habe durchaus keine Stimmung gemacht gegen die Opposition, und könne doch nicht dafür, wenn die Stimmgabe der Parteigenossen im Lande eine der Opposition ungünstige ist. Der Parteitag sei die oberste Instanz, seine Beschlüsse müßten geachtet werden.

Der Delegierte Reid spricht im Schlußwort die Hoffnung aus, daß man fortfahren möge, trotz der Meinungsverschiedenheiten, für das gemeinsame Programm zu agitieren und schloß mit einem Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie. Hierauf wurden folgende von Le Debour eingebrachte zwei Resolutionen angenommen:

1. Die am 31. Oktober bei Conrad tagende Volks-Versammlung erklärt sich mit den auf dem Erfurter Parteitag geschlossenen Programmen sowie mit der bisherigen Taktik einverstanden.

2. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß trotz der

freiesten Geltendmachung der Meinungsverschiedenheiten über die Taktik die verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei von der persönlichen Befehdung Abstand nehmen und ihr Hauptaugenmerk richten werden auf den Kampf für die gemeinsamen Ziele und gegen den gemeinsamen Feind. Dergleichen gelangte zur Annahme die folgende von Stadtthagen eingebrachte Resolution:

Die heute, 31. Oktober, in Friedrichshagen tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Erfurter Parteitages voll und ganz einverstanden und verspricht, unbeflümmert der Angriffe von Seiten der sogenannten Opposition, in der die jetzt geübten Parteitaktik weiter zu agitieren. Und besonders spricht sie der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihr volles Vertrauen aus.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter hielt am 26. Oktober eine Brancherversammlung der Klemperer in Sanssouci ab, mit der Tagesordnung: „Warum gründet man Verbände?“ Die Erörterung der in der Tagesordnung gestellten Frage, so führte der Referent, Kollege Gerisch, aus, sei notwendig geworden, nachdem in einer öffentlichen Klemperer-Versammlung ein Kollege, der selbst längere Zeit an der Spitze einer gewerkschaftlichen Organisation gestanden, dieselbe Frage dahin beantwortet habe, daß Verbände nur zu dem Zwecke gegründet würden, um einzelnen Personen ein Unterkommen zu gewähren. Die Zurückführung einer Erscheinung, die sich gegenwärtig in allen Gewerkschaften zeigt, auf kleinliche persönliche Motive könne nicht unumwunden bleiben, weil durch eine solche Darstellung die noch indifferenten Arbeiter in ihrer Gleichgültigkeit gegen die gewerkschaftliche Organisation bekräftigt würden. Bis jetzt seien es immer nur unsere Gegner gewesen, welche behaupteten, die Arbeiterbewegung habe nur den Zweck, ihre Führer zu ernähren, daß aber auch angeblich klaffenberuhte Arbeiter derartige Behauptungen in Versammlungen vorträgen, die bestimmt sind, neue Anhänger für unsere Sache zu werben, sei sehr zu bedauern. Redner erläuterte nun, wie die gewaltige Konzentration des Kapitals und die Anhäufung der Machtmittel in den Händen der Unternehmer auch den Arbeitern den Gedanken nahe gelegt habe, sich zu konzentrieren, um der maßlosen Profitgier wenigstens in Etwas die Spitze bieten zu können. Man brauche nur die jetzt wieder herausgegebenen Geschäftsberichte, und speziell die der Metallindustrie zu studieren, um zu erkennen, daß trotz der Krise die Gewinne der Kapitalisten sehr hoch sei. Die, um mit Herrn Kroyt zu reden, mit Glücksgütern „gesegneten“ Unternehmer wirften Zehntausende zum Fenster hinaus um ein buntes Bündchen oder einen lächerlichen Titel zu erlangen, während ihre oft genug von ihnen noch brutal behandelten Arbeiter ein kümmerliches Dasein fristeten. Diese Zustände zu bessern, soweit dies eben innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft möglich sei, und zu verhindern, daß nicht auch die europäischen Arbeiter auf das Niveau des Rußlands hinabgedrückt werden, sei die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation; und weil die kleinen Vereine sich im Kampfe mit den Unternehmern als machtlos erwiesen hätten, sei der Zusammenschluß der Metallarbeiter in Berlin und später auch in ganz Deutschland erfolgt.

In der Diskussion bekannte sich Kollege Selchow voll und ganz zu der oben angeführten Aeußerung, die zurückzunehmen er keine Ursache habe. Er sei ein Feind jeder Autorität; schon der Anstand, daß man von ihm verlange, von einer bestimmten Stelle aus zu sprechen, sei ihm zuwider. Die Ungleichheit innerhalb der Arbeiterbewegung müsse bekämpft werden. Die in den höheren Kreisen bekommenen Laufende, wir anderen müssen unseren Scherfenselbsten essen. Ebenso müssen die Schweiszwedler bekämpft werden, die wir unter uns haben und die sich um die höchsten Kreise drängen. In Betreff der gewerkschaftlichen Organisation sei es am besten, wenn jeder Einzelne für sich mit seinem Meister ein ihm zusagendes Abkommen trafe. Von den übrigen Rednern und auch vom Referenten wurde darauf hingewiesen, daß Selchow eine Anzahl unbestimmter Behauptungen und Verdächtigungen ausspricht und dann jede Verantwortlichkeit dadurch von sich abzuwälzen sucht, daß er erklärt, er habe ja seine Namen genannt. Auch die vom Kol. Selchow proklamirte Selbsthilfe des Einzelnen im sozialen Kampfe fand gebührende Kritik. Nach Schluß der Diskussion gelangte eine vom Kollegen v. Dörr gestellte Resolution zur Annahme, welche sich entschieden gegen alle Separationstendenzen aussprach und den Klemperern empfahl, sich in Masse dem Verbands anzuschließen. Zu Vertretern der Klemperer in der Sachkommission des Verbandes wurden die Kollegen Wille und Drange bestimmt; dieselben versprochen unter dem Beifall der Versammlung, ihr Amt nach besten Kräften auszufüllen zu wollen.

Die öffentliche Versammlung der Studatoure Berlins und Umgebung, welche am 1. November tagte, war leider nur schwach besucht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung berichtete der Vorsitzende der Streitkontrollkommission, daß in der ersten Woche 60 Kollegen im Streit standen. 23 Kollegen sind wieder in Arbeit getreten auf Bauten, wo die Fenster verglast sind. Unterstützung erhielten 41 Kollegen mit 36 Kindern. In der zweiten Woche waren 64 Kollegen im Streit; 31 Kollegen mit 48 Kindern sind zu unterstützen gewesen, während 13 wieder in Arbeit traten. Im Ganzen waren 104 Kollegen mit 88 Kindern vom Ausstand in Mitleidenschaft gezogen. Die Kontrolle erstreckte sich auf 107 Bauten. In der Diskussion ergriffen das Wort die Kollegen Braun, Bahewitz, Pelt, Kirch, Barter, Schmidt I., Wunderlich, Voss, Hoffmann, Brachvogel und Andere. Braun bedauerte, daß die Pöcher so wenig Solidaritätsgedühl zeigten. Dieselben hätten einen öffentlichen Beschluß fassen sollen, dahingehend, nicht die Arbeiten der Studatoure auszuführen. Barter spricht dem entgegen. Kirch ist gegen das Weiterführen des Streiks. Wenn die Studatoure nicht im Stande seien, diese Angelegenheit zu Ende zu führen, dann besetze auch keine Hoffnung hinsichtlich der Lösung der Koalitionsfrage. Barter ist ebenfalls für den Streik; alle Gewerkschaften sympathisiren mit den Studatouren; dieselben unterstützen uns nicht, nur damit sie ihr Geld los würden, sondern damit sie uns zum Sieg verhelfen. Der Antrag Barter, an den am 19. Oktober gefassten Beschlüssen fest zu halten, wird darauf angenommen. Zu Punkt 2 nimmt Baumeister Kessler das Wort, in längerer Rede über die Koalitionsfrage sprechend. Er erörtert, wie die offene Koalitionsfrage erst so recht gang und gäbe geworden, seitdem wir es mit reinen Spekulationsbanten zu thun haben. Die gesundheitschädliche Wirkung dieser offenen Feuer werde allgemein anerkannt. Schon häufig seien Ohnmachten, selbst Erstickungszustände die Folge der dem Feuer entzündenden Gase gewesen. Die Athmungsorgane, Lunge, Kehlkopf würden ungenügend angegriffen und solchermaßen die Kranken-fallen durch die Profitgier der Spekulant in hervorragender Weise befaßt. Die Frage gebe alle Bauhandwerker, besonders die Maler, Studatoure und Töpfer an. Die ersteren hätten auf eine an den Polizeipräsidenten von Michhofen gerichtete Petition von diesen ein sehr entgegenkommendes Schreiben erhalten, aus dem hervorgehe, daß in dieser Frage die Behörden dem Verlangen der Arbeiter sympathisch gegenüberstehen. Dieselben müssen aber belegendes Material zur Verfügung haben, um

einleitende Schritte zur Abstellung dieses Mißstandes thun zu können. Um dieses Material zu beschaffen, erklärt Redner, demnächst an einem zu bestimmenden Tage alle jene Fälle zu Protokoll nehmen zu wollen, in welchen infolge der Koalitionsenergie direkt Krankheiten verursacht wurden. Solche zu Protokoll gegebene Thatsachen müßten eventuell berichtigt werden können. In allen ferneren Fällen sei die Polizei zum Einschreiten aufzufordern. Wir vergeben uns durchaus nichts von unserm Programm, wenn wir die Behörden an ihre Pflicht erinnern. Damit schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Zum Schluß genehmigte die Versammlung noch den Eintritt des Kollegen Braum in die Streikkommission.

Die Buchdrucker-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hatten sich am 2. November überaus zahlreich (es mochten gegen 900 Personen den Saal füllen) in der Berliner Ressource versammelt. Buchdrucker Silberberg referierte über die gegenwärtige Situation. Nachdem er über die Entstehung der Bewegung bereits Bekanntes vorausgeschickt hatte, theilte er mit, daß die größten und anständigsten Buchdruckerfirmen Berlins, darunter in erster Linie Herrmann mit seinem trefflich solidarischem Personal, Sittensfeld, Norddeutsche Buchdruckerei etc. schon bewilligt haben. Da hätten alle Verbredungen in den Zeitungsblättern so wenig wie Briefe des Professors Kommissen. Mit dem dringenden Mahnruf zu unverbrüchlicher Einigkeit schloß Redner seinen von rauschendem Beifall belohnten Vortrag. Hierauf schilderte Krüger, auf welche Weise es den Moskischen Hilfsarbeitern möglich wurde, den in die Welt hinausposaunten „hohen Lohn“ zu verdienen. Für angestrengte Arbeit an der Rotationsmaschine von Abends 10 bis Morgens 4 Uhr gäbe es wöchentlich 12 Mark. Um nun auskommen zu können, verdingten sich die Kermsen noch für Tagesarbeit. So würden 21 Mark verdient.

Im Sinne des Vortrages sprachen noch Kindermann, Ni m i c h und Frau C i m e, worauf folgende Resolution angenommen wurde:

Die Versammlung verpflichtet sich: 1. überall da, wo das Personal ohne Kündigung steht, die Plätze zu verlassen; 2. Ueberstunden zu verweigern; 3. jede Unterstützung von Seiten der Buchbinder ganz energisch zurückzuweisen; 4. überall, wo die Forderungen der Buchdrucker aufgestellt worden, für diese einzutreten.

In eine Kommission zur Prüfung des Zwischenfalls Wien wurden gewählt die Herren Mahle, Müdiger, Bleich, J a n u s und H e l. F i e s e l.

Mit drausendem Hoch auf die Einigkeit der Buchdrucker und Hilfsarbeiter schloß die Versammlung.

Die Weisgerber hielten am 31. Oktober eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Kollege Drapp über den Stand des Streiks referierte. Redner meinte, die Situation sei eine befriedigende, da das Heranziehen von Ersatz für die Streikenden von außerhalb bisher nur in ungenügender Maße gelungen sei,

empfehl jedoch zur Abklärung des Streiks eine Kommission zu wählen, welche mit den Fabrikanten unterhandeln solle. Diese Kommission dürfe sich aber keineswegs darauf einlassen, Lohnfälligkeiten zu bewilligen, sondern solle eben nur eine schnellere Beendigung des Streiks herbeizuführen suchen. Ein ähnlicher Vorschlag hat bereits der letzten Versammlung vorgelegen, wurde jedoch damals abgelehnt. Auch über den heutigen Vorschlag entspann sich eine lebhaftige Debatte. Die meisten Redner waren entschiedene Gegner eines auch nur scheinbaren Nachgebens. Es beilebten sich an der Diskussion die Kollegen Drapp, Nähr, Dietrich, Hermann Brückmann, Paul Krndt, Max Krndt u. A. Von der Streik-Kontrollkommission war Millarg anwesend; derselbe sprach ebenfalls gegen den Vorschlag und hob besonders hervor, daß erstens der Stand des Streiks ein guter sei, zweitens die Unterstützungen durchaus nicht etwa knapp einliefen, da auch die Streik-Kontrollkommission ihre Schuldigkeit voll und ganz erfülle. Zu bedauern sei nur, daß die Gewerkschaften der Maurer, Zimmerer, Stuckateure, Maler und Buchdrucker, welche letztere jetzt freilich selbst in einen der größten Lohnkämpfe eintreten, die Deutschland je gesehen habe, zur Streik-Kontrollkommission noch nicht beigetragen hätten. Es werde in der nächsten Woche (Freitag oder Donnerstag) eine Extra-Sitzung der Streik-Kontrollkommission stattfinden, in welcher zu diesem Punkt entscheidende Stellung genommen werden solle.

Der Vorschlag, eine Kommission zur Unterhandlung zu ernennen, wurde darauf mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Unter dem Beifall der Versammlung wurde noch vorgeschlagen, man solle die Streikbrecher für die Bewegung zu gewinnen suchen, und dann gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die heutige öffentliche Versammlung der Weisgerber und verwandten Berufsgenossen von Berlin und Umgegend erachtet es für ihre heilige Pflicht, für die Aufrechterhaltung des Streiks einzutreten und für thätigste Unterstützung desselben zu wirken.

Wesentliches Neues kam im weiteren Verlauf der Versammlung nicht zur Sprache.

Eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen fand am letzten Sonntag, 5 Uhr, wieder in Knebel's Salon, Badstraße, statt. Es war die erste Versammlung nach sechs-wöchiger Pause und der Besuch sofort wieder sehr gut; nur bleibt zu wünschen, daß manche etwas rechtzeitiger erscheinen. Das Referat erstattete Genosse Lütgenau über das Antitrunkgesetz. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Verschiedenem beschlossen die Anwesenden, den wieder auf der Lokal-liste stehenden Weimann'schen Volksgarten zu meiden und Knebel's Salon als Versammlungslokal beizubehalten, da letzterer uns immer zur Verfügung steht und der Inhaber unsererwegen auch Nachtheile zu erdulden gehabt hat, während Weimann's Volksgarten uns nur für die kurze Zeit eingeräumt wird, innerhalb deren die bekannte „bessere Gesellschaft“ einen Stillstand in ihren Vergnügungen eintreten läßt.

Der Verein der Kurbelstepperinnen, Stepper etc. hielt am 28. Oktober eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag des Herrn Paul Liffin über: Florian Geyer, ein Charakterbild aus der Zeit der Bauernkriege. Eine Diskussion über den interessanten Vortrag fand nicht statt. Dann wurde die Wahl der Arbeitsvermittler vorgenommen, welche auf die Herren Wolf, Horn, Weber, Heibel und Barisch II fiel. Die Festsetzung des Lohntarifs wurde abermals zurückgestellt.

Charlottenburg. Am 27. Oktober tagte hier selbst eine öffentliche Zöpferversammlung, um den Bericht der Streikkommission entgegen zu nehmen. Es war in drei Wochen eine Einnahme von 156,90 M. (durch procentmäßige Zahlungen der Arbeitenden) und eine Ausgabe von 149,25 M. zu verzeichnen. Die Streikunterstützung wurde an 10 Kollegen und zwar an 7 Verheirathete und 3 Ledige gezahlt. In Betreff der Auskoulureur wurde der Beschluß gefaßt, daß dieselben ebenfalls nur bei verlasteten Fenster auskouluren sollen. Beim Verschiedenen beschäftigte sich die Versammlung mit der Koalitionsfrage. Kollege P i r o w forderte die Vorstände der Krankenkassen auf, statistisches Material über Erkrankungsfälle durch Kohlenoxyd-Gas zu sammeln, welche Fälle von den Aerzten so gern als „Lungen- und Halskatarrh“, resp. „Kopfschmerz“ bezeichnet werden.

Kollege Müller berichtete sodann über den Stand der freiwilligen Sammlungen; auf Antrag der Revisoren wurde ihm Decharge erteilt und dann beschlossen, der Firma Schöffel, Berlin, Wedding, vom Nachweis keine Leute mehr zu senden; da die Klagen über diese Firma kein Ende nehmen. Mit der Auforderung an die Kollegen, darnach zu trachten, daß der verbesserte Tarif zur Geltung kommt, schloß die Versammlung.

Zum Bericht der Versammlung des Wahlvereins für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis ist noch folgendes nachzutragen:

Zur Prüfung der Bücher und Beläge des Vertrauensmannes Niederauer wurden drei Revisoren gewählt, und zwar C r e p e n t r o g, R o g g e und S c h u l z. Die selbstgewählten Revisoren sollen auf Antrag Niederauers zur Revision mit hinzugezogen werden.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Contingent beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

G. W., Friedrichsfelde. Wenn die Versammlungen der Filiale regelmäßig an einem bestimmten Tag und bestimmten Orte stattfinden, und dies der Polizei ein für allemal angezeigt ist, so braucht eine Anmeldung der einzelnen Versammlungen nicht mehr zu erfolgen. Ob in den Personen des Vorstandes ein Wechsel eingetreten ist, ist auf obige Frage ohne jeden Einfluß.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

In der Herstellung befindet sich und wird voraussichtlich Ende November cr. zur Ver-
sendung kommen:

Protokoll

über die
Verhandlungen des Parteitag
der
sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Abgehalten zu Erfurt vom 14.—20. Oktober 1891.
ca. 25 Bog. 8°. Eleg. broschirt.
Preis 50 Pfennig.

Die Verhandlungen des Erfurter Parteitages dürften wegen ihrer Bedeutung das lebendigste Interesse eines jeden Parteigenossen in Anspruch nehmen. Die erschöpfenden Verhandlungen über die Taktik der Partei, die Auseinandersetzung mit der sogenannten Opposition, die Schaffung des neuen Parteiprogramms etc. etc. sind überaus wichtig und ihre Kenntnis nach dem stenographischen Bericht jedem Parteigenossen notwendig. In Rücksicht darauf und auf den zudem hohen agitatorischen Werth und die dadurch notwendige Massenverbreitung haben wir den überaus billigen Verkaufspreis — 50 Pfennig pro Exemplar bei sorgfältiger, geschmackvoller Ausstattung — festgesetzt.

Zu diesem Preise ist das Buch sowohl von uns, wie durch die Vertrauensleute der Partei, die Partei-Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure zu beziehen. Den Bestellungen auf einzelne Exemplare sind 20 Pf. Porto beizufügen.

Um die Auflagehöhe bestimmen zu können, bitten wir uns den ungefähren Bedarf der einzelnen Orte schon jetzt bekannt zu geben; nur so sind wir in der Lage, allen an uns gestellten Anforderungen rechtzeitig genügen zu können.

Die Versendung erfolgt gleichzeitig nach allen Plätzen Deutschlands. Porto und Frachten zu Lasten der Besteller.

Feste Preise.
Von Mark 29 an
Lieferer reelle

Winter-Paletots

in allen Farben, elegant sitzend, gut gearbeitet.

J. Baruch, Oranienstraße 143.
zwischen Moritzplatz und Brandenburgstraße.

Feste Preise.

Reelle Bedienung.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.

Auslage
neuer, besonders preiswerther Genres in

Kleiderstoffen.

Zuchartige Qualitäten, vorzüglich geeignet für Haus- und Morgenkleider, doppelt breit, Meter von 75 Pf. an. Die schönsten Kinderkleider und -Jacken für Mädchen jeden Alters! Fertige Morgenröcke, Flanel-Blousen, Unter Röcke und Schürzen in großer Auswahl vorrätig, event. Manufaktur schnell!
Normal-Unterkleider und Trikotagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe, Tücher, Schal- und Wolldecken etc.
Dr. Austroval, Billiger Vertreter.

BERLIN, N. CHAUSSEESTR. 14.

Landwolle,

reine Schafwolle, garantiert nicht einlaufend, Schod 25 Pf., und allein zu haben bei

R. Stock, 119 Wrangelstraße 119,
gegenüber der Markthalle.

Empfehle den Parteien offen meine

Glaserei, Spiegel- und Bilder-Einrahmung.

Lager von Bildern bewährter Volksmänner. Sinnprüche in sauberster Ausführung.

Spezialität: Neu! Lassalle und Marx. Neu!
Nach Original auf Kupferdruckpapier. Größe 52 X 42 cm., besonders empfehlendwerth, à Stück 1,25 M. — Den Vorständen der Gewerkschaften und Fachvereine empfehle ich mich zur Beforgung von Bildern. Nach auswärts brieflich gegen Rücknahme. Wiederverkäufer Rabatt.

1449 L. **Carl Scholz, Wrangelstraße 32.**

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.

Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (Lassalle, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlippenadeln, Manjettentändelchen, Stöcken und Brochen. **Stößen. En gros. En détail.**

880 L. **B. Günzel, Brunnenstr. 157, am Rosenthaler Thor.**

Rohtabal **A. Goldschmidt,**
Spandauerbrücke 6,
am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantiert
höher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billige
Preise! Sämtliche im Handel
besindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
am Gade'schen Markt. 1746

Geht Nordhäuser Kantabak
aus der Fabrik v. Hendess & Schuman
Inhaber Hermann Kessler
Nachhausen a. S.
zu Fabrik-Preisen.

H. Czerwonka, Friedensstraße
Nr. 50.
Kantabak-Kommission-Export-Geschäft.

Stempel **H. Guttman,**
Brunnen-Strasse 9.

Rollmöpfe,
60 Stk. 1,75, Braueringe à Paß 1,75,
offert H. Muther, Liegnitzerstr. 7/8.

Harzer Kanarienvoller, billige,
1460 L. **P. Schnelle, Staligerstr. 182.**

Sumatra!!

Wie alljährlich stelle ich von heute ab zur Erleichterung meiner Inventur einzelne Packen Sumatra von größeren Partien noch am Lager,

ganz bedeutend ermässigt

gegen bisherigen Preis zum Verkauf. Diese Offerte ist:

außerordentlich beachtenswerth.

A. Goldschmidt, 1465 L.
Spandauer Brücke 6 am Gade'schen Markt.

Cohn's Hosen- u. Anzugfabrik

Pallisadenstr. 7, unweit d. Bäckingpl.,
größtes Lager u. billigste Bezugsquelle
Berlins, arbeitet aus Resten und ver-
kauft im Einzelnen: Knabenhosen von
1 M. an, Jacken 1,50, Herrenhosen 1,50,
Knabenanzüge 2 M., Burschenanzüge
3,50, Herrenanzüge 12 M. Nach Maß
ohne Preisverhöhung. Blüden gratis.
7 Pallisadenstraße 7. 8101.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 23, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Agenten
werden von einer Feuer-Verf.-Gesell-
schaft geg. eine hohe Provision u. event
festes Gehalt gesucht. Adr. sub R. 240
an die Exped. 2046b

Allen Freunden und Bekannten empfehle die Kind- u. Schweinefleischerei
Markthalle IX., Eisenbahn- u. Stand Nr. 75. Al. Erdmann, Tischler.

G. Stutz' Photographie-Atelier
Auch Sonntags. **Landobergerstr. 82,** nahe Alexander-Platz. Auch Sonntags